:antifaschistische nachrichten Nr. 3

g 3336 4.2.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Pegida" Europa

Eine „Konferenz patriotischer Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" hat am 23. Januar in Roztoky bei Prag beschlossen, am 6. Februar 2016 „länderübergreifende Demonstrationen" durchzuführen. So sind an diesem Tag neben Dresden Demonstrationen u.a. in Tschechien, Polen, Estland, Finnland und der Schweiz geplant.

Die Delegierten aus 14 Ländern unterzeichneten eine „Prager Erklärung" und vereinbarten eine enge, weitere Zusammenarbeit. In einer Presseerklärung für „Pegida" zum „Tag der europäischen Patrioten" erklärte Tatjana Festerling, angesichts der Asylpolitik Merkels blieben den Völkern Europas nur zwei Möglichkeiten: Unterwerfung oder Aufstand. Lutz Bachmann wird als „Pegida"-Mitbegründer die deutsche Veranstaltung in Dresden leiten, Festerlings Kollege Siegfried Däbritz soll in Bratislawa sprechen.

Festerling selbst, die unlängst auf der „Pegida"-Kundgebung zur Wahl der AfD aufgerufen hatte, will am 6. Februar in Warschau auftreten.

hma ■

Ehrendoktorwürde aberkannt

ÖSTERREICH/SALZBURG. Die Universität Salzburg hat dem Verhaltensforscher Konrad Lorenz (1903-1989) die 1983 verliehene Ehrendoktorwürde aberkannt. Der akademische Senat begründete seine Entscheidung damit, dass sich Lorenz „klar zur Nazi-Ideologie" bekannt habe und „aktiv an der Verbreitung von NS-Gedankengut beteiligt" gewesen sei. In seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen habe Lorenz Vokabeln wie „Ausmerzung" und „Auslese" verwendet. Zudem habe dieser sich in seinem Ersuchen um Aufnahme in die NSDAP 1938 selbst als Nationalsozialisten bezeichnet. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Demonstration und Friedenskonferenz in München 4
Calais 23.1.: Demonstration zur Solidarität mit Migranten 8

Asylpaket II noch weiter verschärft

Am 29.1. hat die Bundesregierung nach langen Diskussionen das Asylpaket II beschlossen – sogar mit zusätzlichen Verschärfungen gegenüber dem Beschluss vom November 2015. Das geplante Gesetz führt zu einer massiven Beschränkung des Rechtsschutzes von vielen Flüchtlingen und wird Familien auf lebensgefährliche Routen zwingen.

Beschränkung des Familiennachzugs bedeutet Lebensgefahr

Für Flüchtlinge mit subsidiärem Status wird der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt. Das sind all jene Flüchtlinge, die nicht individuell verfolgt werden, aber in ihrer Heimat Folter, Todesstrafe oder unmenschliche Behandlung befürchten müssen. Durch die Einzelfallprüfung der Syrer/innen könnte auch diese Gruppe betroffen sein – dabei haben diverse Oberlandesgerichte das BAMF in der Vergangenheit gerade dazu gezwungen, syrischen Flüchtlingen einen Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention zu verleihen.

Ohnehin sind die Wartezeiten für den Familiennachzug derzeit sehr lange, zusätzlich zu den zwei Jahren Aussetzungen dürften noch mehrere Monate bis sogar Jahre hinzukommen. Die Folge: Familien werden sich auf die lebensgefährlichen Fluchtrouten aufmachen, werden in Lebensgefahr gezwungen. Auch die von der SPD vorgeschlagene Kontingentlösung behebt kein Problem, denn ob diese tatsächlich auf europäischer Ebene vereinbart werden können, ist mehr als ungewiss.

Besondere Aufnahmeeinrichtungen

In Schnellverfahren sollen bestimmte Flüchtlingsgruppen innerhalb einer Woche ein Asylverfahren durchlaufen und dann innerhalb von drei Wochen abgeschoben werden können – fernab der Ballungsgebiete, ohne adäquaten Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung und effektiver anwaltlicher Vertretung. Anders als die Bundesregierung suggeriert, betreffen die geplanten Schnellverfahren nicht nur einen kleinen Teil der Asylsuchenden. Aufgrund der Bestimmung, dass Flüchtlinge ohne Pass Schnellverfahren unterzogen werden können, ist ein Großteil der Schutzsuchenden von den unfairen Eilverfahren bedroht. Denn wer verfolgt wird und untertauchen muss, kann in der Regel keine Papiere mitnehmen. Ohne Pass zu sein, ist typisch für Menschen auf der Flucht!

Abschiebungen trotz Traumata

Von einer Abschiebung soll nur noch dann abgesehen werden, wenn schwerwiegende also akute Krankheiten bei Betroffenen vorliegen. Insbesondere posttraumatische Belastungsstörungen sind nach Ansicht der Bundesregierung kein Abschiebungshindernis. Angesichts der Tatsache, dass sich immer wieder Menschen in Abschiebungshaft das Leben nehmen, weil die Situation für sie psychisch belastend ist, ist es perfide wie hier mit dem Leben gespielt wird.

Nordafrika: Mehr sichere Herkunftsstaaten

Eine zusätzliche Verschärfung gegenüber dem Novemberbeschluss ist die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten. In diesen Ländern ist die Menschenrechtssituation keinesfalls sicher, sondern überaus problematischt. Da dieser Teil des Gesetzes durch den Bundesrat zustimmungspflichtig ist, wird es darauf ankommen, ob insbesondere die grün-mitregierten Landesregierungen erneut in der Menschenrechtsfrage einknicken werden.

Asylpaket II stoppen!

Die Beschlüsse der Koalition müssen nun noch durch den Bundestag – wir fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, das geplante Gesetz abzulehnen. *www.proasyl.de* ■

Hier kann der Aufruf „Asylpaket II stoppen – Keine Einschränkung von fairen Asylverfahren"! unterstützt werden: www.proasyl.de/index.php?id=1998

Recht auf Freizügigkeit

„Forderungen nach einer Residenzpflicht für anerkannte Flüchtlinge sind nicht nur plump populistisch, sondern auch unvereinbar mit geltendem Recht“, so Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE, anlässlich der Forderungen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nach einer Residenzpflicht für anerkannte Flüchtlinge. „Die Rechtspopulisten von der AfD wollen Flüchtlinge an der Grenze zum Abschuss freigeben, die Arbeitsministerin will sie zwangsintegrieren und die NRW-Ministerpräsidentin will ihnen vorschreiben, wo sie leben sollen. Es fragt sich wirklich, wie viele menschenfeindliche Forderungen man sich in der flüchtlingspolitischen Debatte noch anhören muss – und bei wie vielen man Angst haben muss, dass sie in die Tat umgesetzt werden.“ *Ulla Jelpke, MdB* ■

„Altermedia Deutschland“ abgeschaltet

Die Bundesanwaltschaft hat am 27. Januar zwei mutmaßliche Administratoren des extrem rechten Internetportals „Altermedia Deutschland“ festnehmen lassen. Jutta V. (47) und Ralph Thomas K. (27) sind dringend verdächtig, sich mit drei weiteren namentlich bekannten Beschuldigten zusammengeschlossen zu haben, um „strafbare Inhalte, namentlich volksverhetzende Äußerungen, zu verbreiten“. Die Internetseite habe der „massenhaften und systematischen Verbreitung rechtsextremistischen und nationalsozialistischen Gedankenguts“ gedient. Wohnungen wurden in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Berlin, Thüringen sowie in Lloret de Mar/Spanien durchsucht. Der Serverstandort für die Internetseite befand sich in Russland.

hma ■

Diskriminierungen bei Ghettorenten beseitigen

Berlin. „Hunderte von NS-Opfern werden auch heute noch von den sogenannten Ghetto-Renten ausgeschlossen“. Darauf weisen zum Tag der Befreiung des deutschen Konzentrationslagers Auschwitz die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke und die Sprecherin für soziale Menschenrechte Azize Tank hin.

„Beim Ghettorentengesetz muss noch einmal nachgebessert werden“, fordert Ulla Jelpke. „Die gegenwärtige Praxis führt dazu, dass insbesondere Roma, die im Ghetto geschuftet haben, von den Rentenzahlungen ausgeschlossen bleiben. Der Grund dafür liegt meist in den Bestimmungen über die Anerkennung von Ersatzzeiten. Alleine in Rumänien gibt es einige Dutzend überlebende Roma, die selbst nach Auffassung der Deutschen Rentenversicherung im Ghetto gearbeitet haben und dennoch keine Rente erhalten. Zumindest teilweise liegt das an ihrer anhaltenden Diskriminierung auch nach der Befreiung vom Faschismus. Die Überlebenden sind häufig Analphabeten und haben ohne Unterstützung keine Chance, die geforderten Nachweise zu erbringen. Diese Unterstützung wird ihnen aber faktisch häufig versagt.“

Azize Tank, Sprecherin für soziale Menschenrechte erklärt: „Eine Änderung des ZRBG ist dringend geboten und folgt aus dem ZRBG selbst, wonach möglichst alle Verfolgten, die in einem Ghetto eine Beschäftigung ausgeübt haben, in die deutsche Rentenversicherung aufgenommen werden sollten. Der heute in Oswiecim verlesene Appell der überlebenden polnischen Juden und Roma belegt einen Widerspruch zwischen dem Willen des Gesetzgebers des einstimmig angenommenen ZRBG und der engen Auslegung der Bestimmungen zu Ersatzzeiten aus § 250 SGB VI. Wenn die Rentenversicherung eine Ghetto-Beschäftigung auch unter 14 Jahren festgestellt hat, so muss auch die Zeit nach der Flucht aus dem Ghetto als Ersatzzeit anerkannt werden. Eine Präzisierung im ZRBG würde hier Abhilfe schaffen.“

Die beiden Abgeordneten unterstützen den Appell der Vereinigung der Roma in Polen und des Verbands der Jüdischen Glaubensgemeinden in Polen die sich heute in Oswiecim an die Bundesregierung und Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewandt haben, um fraktionsübergreifend an einer Lösung der bestehenden Probleme zusammenzuarbeiten.Der erwähnte Appell kann auf der Homepage www.ulla-jelpke.de heruntergeladen werden. *Ulla Jelpke, MdB* ■

NPD wächst wieder

Die Zahl gewaltorientierter Rechtsextremisten ist einem Bericht des *Tagesspiegels* zufolge im vergangenen Jahr um mehr als 1.000 Personen auf über 11.500 angewachsen. Angesichts der weit verbreiteten Hasspropaganda gegen Flüchtlinge steige der „Aggressionspegel“, zitierte der *Tagesspiegel* Sicherheitskreise. Auch die Kooperation mit gewaltbereiten, islamfeindlichen Hooligans wirke sich aus. Die besorgniserregende Entwicklung spiegele sich zudem in den bislang bekannten Zahlen zu rechten Straftaten wider.

Nach vorläufigen Erkenntnissen der Polizei begingen Rechtsextremisten zwischen Januar und November vergangenen Jahres bundesweit 12.650 Delikte, darunter 846 Gewalttaten. Dies entspreche bei den Gewalttaten einer Zunahme um 40 Prozent gegenüber dem gesamten Jahr 2014. Wegen der zu erwartenden Nachmeldungen der Polizei würden diese zudem 2015 noch beträchtlich steigen.

Auch die rechtsextreme Szene selbst sei um mehr als 1.000 auf über 22.000 Personen angewachsen. So hätten mehrere rechtsextremistische Organisationen und lose Vereinigungen wie die Neonazi-Partei „Die Rechte“ oder „Der III. Weg“ verstärkten Zulauf. Auch die NPD habe ihren jahrelangen Abwärtstrend gestoppt und verzeichne leichte Zuwächse. Derzeit hat die Partei etwa 5.200 Mitglieder.

Sorgen bereite Sicherheitsexperten auch, dass sich Teile der rechten Szene zunehmend in soziale Netzwerke begeben. „Da findet eine historische Umorientierung statt“, hieß es. Die rasche Verabredung über Facebook und WhatsApp sei ein „Nährboden für neue, schlagkräftige Organisationen, die schwerer zu greifen sind“. Der Wandel mache den Rechtsextremismus „aktionsfähiger“, warnten Experten. Damit steige auch die Terrorgefahr.

Quelle: www.migazin.de 27.1.2016 ■

Rechtsrock-Konzert in Hamm

Hamm. Was die Recherchen[1] der Antifaschistischen Aktion Hamm schon im Vorfeld nahe gelegt hatten, hat sich nun bestätigt: Am 17. Januar fand ein Rechtsrockkonzert, unter anderem mit „Zeitnah“, in Hamm statt. „Die Rechte“ Hamm hat inzwischen selbst eine Nachbetrachtung online gestellt, zweiter Act neben „Zeitnah“ war der Sänger der Rechtsrock-Band „Projekt Chaos“[2]. Der Artikel spricht von etwa 70 Zuschauer*innen. Einen Nachtrag zum Konzert, veröffentlicht von „Zeitnah“, kommentieren „Hans Brandt“ (Björn Rimmert) und „Dennis Fetzo Meier“ (Dennis de Piccoli) und bedanken sich für den guten Abend[3]. Beide sind Mitglieder von „Die Rechte“ Hamm und hatten schon im Vorfeld indirekt auf „Zeitnah“ als Act hingedeutet. Im Hintergrund des für die Nachbetrachtung verwendeten Bildes sind zudem Hammer & Schwert zu sehen. Dieses Symbol war seit 1929 Gaufeldzeichen der Hitlerjugend, in den 1990ern wurde es von vielen „Freien Kameradschaften“ genutzt[4]. Direkt darüber hängt eine schwarz-weißrote Fahne[5]. Einmal mehr lässt sich daran erkennen, dass „Die Rechte“ Hamm nicht nur personell, sondern auch was das Gedankengut angeht die direkte Nachfolge der „Kameradschaft Hamm“ angetreten hat.

aah@riseup.net ■

Quellen:
1: https://aah.noblogs.org/?p=1573
2: http://aah.noblogs.org/files/2016/01/Die-Rechte-Artikel.png
3: http://aah.noblogs.org/files/2016/01/nachbetrachtung-kommentare.png
4: http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/hammer-und-schwert

Ich habe nichts gemacht, ich war nur in der Küche“ –

zur Einlassung von Beate Zschäpe

Im Folgenden das Statement des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus zur Einlassung Beate Zschäpes im NSU-Prozess am 9.12.2015, zuerst veröffentlicht auf http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/component/content/article/2-uncategorised/14-statement-des-forschungsnetzwerks-frauen-und-rechtsextremismus-zur-einlassung-beate-zschaepes-im-nsu-prozess-am-9-12-2015:

„Ach, ich habe nichts gemacht, ich war nur in der Küche.“ So zitiert die Welt am Sonntag im Januar 2015 die ehemalige KZ-Aufseherin Hilde Michnia. Die Parallelen zur am 9.12.2015 verlesenen Einlassung Beate Zschäpes sind frappierend. Wenn auch in andere Worte gefasst, so versucht doch auch die Hauptangeklagte im sogenannten NSU-Verfahren vor dem OLG München, sich jedweder Verantwortung für die Morde an zehn Menschen, mehreren Bombenanschlägen und den fünfzehn dem NSU zur Last gelegten Raubüberfällen zu entziehen. Zschäpe bedient sich in erschreckender Weise dem Stereotyp der naiven Frau, die aus bloßer Zuneigung zum männlichen Täter dreizehn Jahre lang im Untergrund gelebt und dem Morden zugesehen habe. Ihre eigene aktive Rolle darin kommt auf den 53 Seiten ihrer Einlassung nicht vor.

In ihrer Erklärung begründet die Angeklagte ihre vermeintliche Unschuld im Rückgriff auf gängige weibliche Geschlechterstereotype. Sie sei nur aus Liebe und der darauf folgenden emotionalen Abhängigkeit im „Untergrund“ geblieben, habe unter dem Wissen um die Morde emotional sehr gelitten. Nur aus Sorge um ihre beiden Kameraden sei sie nicht zur Polizei gegangen. Wie schlecht es ihr gegangen sei, untermalt sie damit, dass sie ihre Katzen vernachlässigt habe – ein Vergleich, der einen ob der Gefühlskälte den Opfern des menschenverachtenden NSU-Terrors gegenüber fassungslos zurücklässt.

Zschäpes grundsätzliche Strategie indes verwundert nur bedingt, hat sie doch allzu lange allzu gut funktioniert. Dass die drei überzeugten Rechtsextremen über ein Jahrzehnt unbehelligt leben, rauben und morden konnten, hat in erster Linie mit dem fehlenden Ermittlungsinteresse der beteiligten Behörden zu tun. Die Selbstverständlichkeit, mit der gerade Zschäpe am sozialen Alltag teilnehmen konnte, lässt sich dagegen auch mit dem sozialen Arrangement erklären, in dem Beate Zschäpe sich als Freundin und Schwester der beiden Männer präsentierte. Sie sorgte damit für die bürgerliche Fassade, die das Morden aus dem Untergrund heraus erst ermöglichte. Jahrelang hat die geschlechterstereotype Konstruktion also funktioniert.

Und sie wurde bis zum Beginn der Hauptverhandlung und partiell auch darüber hinaus auch durch die mediale Berichterstattung immer wieder aktualisiert. Das Bild der unwissenden „Freundin-von“, die keine Waffe benutzt, diese nur geputzt habe, dominierte nach dem Bekanntwerden der Mord- und Anschlagsserie des NSU die mediale Berichterstattung und den öffentlichen Diskurs zum Thema (Vgl. „Und warum ist das Interessanteste an einer militanten Rechtsextremistin ihr Liebesleben?“ – Offener Brief des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus zur Berichterstattung über die Rechtsextremistin Beate Zschäpe). Spätestens mit Beginn der Hauptverhandlung gegen Zschäpe und weitere vier Angeklagte war jedoch vom Tisch, dass sie von nichts gewusst habe. Jetzt ist es ausgerechnet Zschäpe selbst, die sich auf das Bild der von Gefühlen eingenommenen, vor Liebe blinden treuen Seele beruft. Anders als der Mitangeklagte Ralf Wohlleben, der die Treue zu seinen politischen Idealen betont.

Bereits vor der Einlassung Zschäpes waren es rechtsextreme Frauen, die als Zeuginnen vor Gericht versuchten, sich auf die Rolle der unwissenden Frau an der Seite politisch aktiver Männer zu inszenieren und damit ihre dreisten Lügen auf geschlechtsspezifische Weise dem Gericht feilboten. Zschäpe treibt es mit ihrer aktuellen Einlassung auf die Spitze: Sie benennt einzig in der rechtsextremen Szene vormals aktive Männer, deren Rolle und Beteiligungen am weiten Netzwerk des NSU aus vorherigen Aussagen bereits bekannt waren, sei es der Kameradschaftsführer Brandt oder ihr eigener Cousin.

Einzig neu an der Inszenierung Zschäpes: Dieses Mal geht genau dies nicht auf, kauft ihr niemand die ‚Unschuld vom Lande‘ ab. Die stereotypen Annahmen über Frauen in der extremen Rechten haben einen nachhaltigen Riss bekommen und es ist zu hoffen, dass sich dieses Wissen in den weiteren Auseinandersetzungen verstetigt.

Für die Angeklagte kommt die Erklärung zur falschen Zeit. Denn auch wenn der NSU-Prozess an Aufklärung der Morde bisher nur sehr wenig geleistet hat, so hat die Zeugenvernehmung herausgestellt, dass Beate Zschäpe keinesfalls die unbeteiligte und abhängige Rolle innehatte, in der sie sich nun inszenieren will. Die ‚Wahrheit‘ über die Hintergründe der Morde und Anschläge des NSU kennen selbstverständlich auch wir nicht – doch wird an ihren fragmentarischen Angaben deutlich, dass sie zur Aufklärung der Taten keinen Beitrag leisten wird. Dabei haben gerade die Angehörigen der Opfer ein Recht darauf zu erfahren, warum ausgerechnet ihr Vater, ihr Bruder, ihr Sohn kaltblütig ermordet wurde. Stattdessen versucht sich die Angeklagte unter Zuhilfenahme gängiger Frauen-Stereotype zu entlasten.

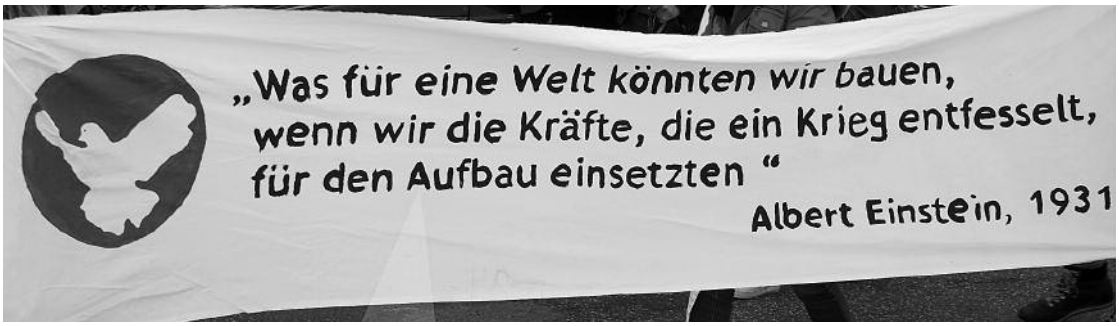
KZ-Aufseherin Michnia antwortet auf die Frage, warum die Menschen ihrer Meinung nach denn im Lager gewesen seien: „Darüber habe ich mir keine Gedanken gemacht.“ Auch Zschäpe will laut ihrer Aussage davon gewusst haben, dass Mundlos und Böhnhardt immer mit geladener Waffe aus dem Haus gegangen seien – über den Grund dafür habe sie sich nie Gedanken gemacht. Dass sie Menschen ermorden würden, sei ihr nicht in den Sinn gekommen. Und so setzt sich Geschichte auf erschreckende Weise fort…

Quelle: NSU-Watch, 22.1.2016 ■

Demonstration und Friedenskonferenz in München vom 11. bis 14. Februar 2016

Die Landessprecherinnen und Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Landesvereinigung Bayern, haben den folgenden Aufruf zur Münchner Sicherheitskonferenz verabschiedet. Sie rufen zur Teilnahme an der Demonstration am 13. Februar und der Friedenskonferenz vom 11. bis14.2. in München auf. Dem Aufruf haben sich der Bundesverband der VVN-BdA wie auch die Landesvereinigung NRW angeschlossen.

Bei der sog. Sicherheitskonferenz (früher: „Wehrkundetagung“) ging und geht es fast ausschließlich um die Erörterung militärischer Eingreifoptionen. In den 1960er bis 1980er Jahren diskutierten Vertreter der NATO-Staaten „in privatem Rahmen“ ihre Militärstrategien gegen den Ostblock. Mittlerweile nehmen außer Staatsoberhäuptern, Regierungschefs, Verteidigungs- und Außenministern aus den NATO-Staaten auch Vertreter von osteuropäischen Ländern inklusive Russland, von China, Japan, Indien, Iran, Pakistan, Südafrika und zahlreichen anderen Ländern teil. Dazu kommen Spitzenfunktionäre von Großbanken, international operierenden Versicherungs-, Rüstungs- und sonstigen Konzernen sowie Redakteure aus den Chefetagen superwichtiger Medien. Wer an der größtenteils aus Steuergeldern finanzierten Konferenz teilnehmen und wer worüber reden darf, bestimmt der Vorsitzende, zur Zeit der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ischinger. „In Fragen der strategischen Ausrichtung, des thematischen Fokus sowie des Ausbaus von Partnerschaften“ wird Ischinger durch einen 14-köpfigen Beirat beraten.



Der Beirat als Beispiel für den Charakter der Konferenz:

Beiratsvorsitzender ist der Vorstandsvorsitzende der Linde AG, Wolfgang Büchele. Zu den 13 Beiratsmitgliedern gehören der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank und die Vorstandsvorsitzenden der Allianz-Versicherung, der Münchner Rückversicherung und der Rüstungsschmiede Krauss-Maffei Wegmann (alle BRD). Mit der Vorstandsvorsitzenden der französischen Finanzberatungsgesellschaft A.L.P.S.A, Anne Lauvergeon („eine der mächtigsten Frauen der Welt“), sind gleichzeitig auch die Vorstände von Suez, Total, SAFRAN, Vodafone und EADS, mit Thomas Enders (Niederlande) der Vorstand der Airbus Group vertreten. Aus den USA kommen Jane Harman, Präsidentin des regierungsnahen Woodrow-Wilson-Thinktanks, und Admiral a.D. James G. Stavridis, ehemaliger NATO Supreme Allied Commander Europe, aus Saudi-Arabien der Vorsitzende des König-Faisal-Zentrums für Forschung und Islamische Studien. Der Spanier Javier Solana war früher NATO-Generalsekretär und Hoher Vertreter der EU für Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, heute ist er Präsident der Akademie für Führungskräfte in Spanien. Der Schwede Carl Bildt wird als Ex-Premier und Ex-Außenminister seines Landes genannt, ohne seine Interessen im internationalen Ölgeschäft und seine frühere Rolle als Mitglied einer Pressure Group für die „Befreiung des Irak“ (Irak-Krieg 2003) zu erwähnen. Die beiden übrigen Beiratsmitglieder sind Hermann O. Gref, Vorstandsvorsitzender der Sberbank RF (größte russische Bank; laut ZEIT „Russlanddeutscher, Jurist, Goethe-Kenner, Freund der freien Marktwirtschaft“), sowie Edmund Stoiber, ehemaliger bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender.

Irgendwelche Organisationen bzw. Einrichtungen, die sich der nicht-militärischen Lösung internationaler Konflikte verpflichtet fühlen, sind im Beirat nicht vertreten.

Zu den Aufgaben von Aufsichtsrats- und Vorstandsvorsitzenden gehört die Sorge um die Sicherheit der Konzerngewinne, zu den Aufgaben von NATO-Kommandeuren die Erhaltung und Erweiterung der westlichen Macht- und Einflusssphären mit militärischen Mitteln. Kann also ein solchermaßen zusammengesetzter Beirat eine Konferenz organisieren, die unvoreingenommen die Ursachen von Kriegen, Bürgerkriegen, Terrorismus und Hunger analysiert und wirksame Maßnahmen gegen Waffenhandel, Nahrungsmittelspekulation, diktatorische Machtstrukturen, ausbeuterische Wirtschaftsstrukturen etc. propagiert?

Ein zentrales Thema der SiKo 2016 wird der Krieg in Syrien sein

Dort überlagern sich innersyrische Konflikte, regionale Rivalitäten und Machtkämpfe auf weltpolitischer Ebene. Eine Situation, die sich mit Krieg nicht lösen lässt – von keiner Seite. Das Ergebnis ist abzusehen: noch mehr Zerstörung, noch mehr Hunger, noch mehr Hass, noch mehr Terror, noch mehr Flüchtlinge.

Dennoch haben Bundesregierung und Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Syrien beschlossen. Der Vorsitzende der Münchner „Sicherheitskonferenz“ ist voll dafür, aus machtpolitischen Erwägungen. In einem Interview mit dem Handelsblatt (30.11.2015) sagte Ischinger:

„Ich halte es für zentral, dass die Bundesregierung den Einsatz nicht allein mit Solidarität mit Frankreich begründet… Das reicht nicht. Bei einem militärischen Einsatz muss es um deutsche sicherheitspolitische Interessen gehen… Europa sollte die Initiative zur Kriegsbeendigung in Syrien nicht wie in früheren Jahrzehnten den USA und Russland überlassen.“

- Wir protestieren gegen die Verfolgung deutscher Interessen mittels militärischer Interventionen.
- Wir protestieren gegen die Beteiligung der Bundeswehr am Syrien-Krieg.
- Wir protestieren gegen Waffenexporte.
- Wir protestieren gegen die Abschaffung des Asylrechts.

Wir nehmen teil:

- **Demonstration in München, Samstag, 13. Februar 2016 Auftakt 13 Uhr, Karlsplatz/Stachus – Schlusskundgebung 15 Uhr, Marienplatz**
- **Münchner Friedenskonferenz, 11.-14.2.2016**

Programm siehe http://www.friedenskonferenz.info ■

Der Kuaför aus der Keupstraße

Köln. Am 25. Februar startet der Dokumentarfilm „Der Kuaför aus der Keupstraße“ bundesweit in deutschen Kinos. Vorher schon, am 27.1. gab es die NRW-Vorabpremiere im Kölner Schauspielhaus, speziell auch für die Betroffenen des Anschlages. Denn der Film erzählt, wie tief der Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004 das Leben der Menschen dort verändert hat. Auch wenn keiner bei dem Anschlag ums Leben kam, wie bei den 10 Morden, die den Tätern des NSU zugeordnet werden konnten. Doch auch sie standen im Fokus der Ermittlungen. Nicht gegen mögliche Täter auch aus dem rechtsextremen Spektrum, sondern allein gegen sie, die Opfer und ihr Umfeld wurde, bis zur Selbstenttarnung des NSU im November 2011, jahrelang als Hauptverdächtige ermittelt.

Mit den Folgen dieses Anschlags nach dem Anschlag setzt sich der Filmemacher Andreas Maus in seinem Dokumentarfilm auseinander. Interviews mit den Betroffenen und nachgespielte Zeugen-Befragungen aus den Original Prozessakten eröffnen einen Einblick in das Leid der Betroffenen und die Vorgehensweise der Behörden.

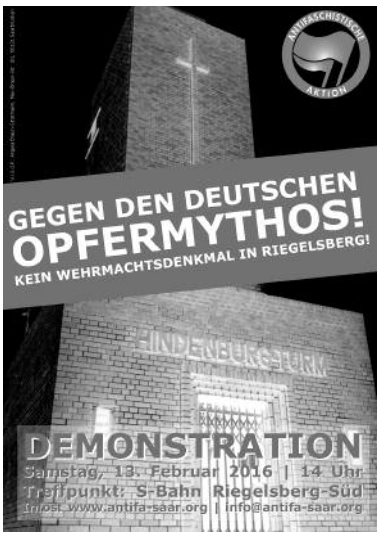
Damit eröffnet der Film die Diskussion über die Frage einer strukturellen Fremdenfeindlichkeit in Deutschland auf eine neue Art, nämlich aus der Perspektive der Betroffenen. Jetzt erzählen sie ihre ganz persönliche Geschichte, die bis heute nicht zu Ende ist, da sie wissen, dass weder der Prozess in München, noch die vielen Untersuchungsausschüsse ihnen Antwort geben werden, auf ihre Frage: Wer hat das getan und warum? Und warum wurden wir verdächtigt, anstatt dass nach den Tätern gesucht wurde und wird?

Da bei allen Taten des NSU ein rechtsradikaler Hintergrund ausgeblendet wurde und die Ermittlungen von Beginn an geprägt waren von Vorverurteilungen und Diskriminierung, möchten Filmemacher und Produzent Joachim Kühn von „realfiction“ in möglichst vielen Städten zum Kinostart Filmvorführungen mit anschließenden Gesprächen organisieren, bei denen auch immer engagierte und kundige Personen aus den jeweiligen Städten darlegen können, wie vor Ort nach den Morden und Anschlägen verfahren wurdet. Diskutiert werden soll mit Opfern und Angehörigen der Taten des NSU, Initiativen, die sich für die Opfer stark machen und dem Publikum. Interessierte Gruppen können sich an Real Fiction wenden:

info@realfictionfilme.de
www.realfictionfilme.de

[Saar]-SPD und CDU halten an Bau eines Ehrenmals für Wehrmachts- und SS-Angehörige fest

Saarland. „Siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat der Gemeinderat in Riegelsberg beschlossen, auf dem dortigen Friedhof Gedenkplatten für die aus der Gemeinde stammenden Gefallenen der SS und der deutschen Wehrmacht zu errichten. Die Initiatoren sind dem rechten Spektrum zuzuordnen und streben eine Verharmlosung der Verbrechen der Wehrmacht und eine Wiederbelebung des nationalsozialistischen Heldengedenkens an. Die Mitglieder des Gemeinderats erweisen sich größtenteils als unfähig und unwillig, diesem Treiben einen Riegel vorzuschieben. Wir rufen daher alle dazu auf, sich gegen den geplanten Bau zu wehren und an unserer Demonstration am 13. Februar 2016 teilzunehmen.“ So der Aufruf der Antifa Saar, den wir in Auszügen hier dokumentieren:



„Was ist bisher geschehen?

Schon seit mehreren Jahren versucht die „eingeschworene Truppe“ der Initiativgruppe Hindenburgturm die Erinnerung an die Verbrechen der Wehrmacht buchstäblich ins rechte Licht zu rücken. Spätestens seit 2013 fällt die Gruppe immer wieder in ihrem Bestreben auf, revisionistische Erinnerungspolitik durch das Errichten eines Denkmals für die Gefallenen der Gemeinde Riegelsberg zu betreiben. Zunächst strebten Dietmar Braun und seine Freunde an, den maroden Hindenburgturm als Kriegerdenkmal wiederzubeleben. In einer aufwendigen militärischen Choreographie sollten die Namen von 471 Riegelsberger SS- und Wehrmachtangehörigen im Innern des Turmes neben den Gefallenen des Ersten Weltkrieges verewigt werden. Der Antrag wurde, trotz euphorischer Bewerbung durch den SPD-Bürgermeister Klaus Häusle, letztendlich abgelehnt. Stattdessen wurde ein neues Konzept zum Gedenken an die „Opfer“ des Zweiten Weltkrieges erarbeitet. Der neue Plan sah vor, auf dem Friedhof der Gemeinde eine noch viel größere Gedenkstätte an die Gefallenen einzurichten. Zehn Granit-Tafeln mit den Namen der gefallenen Riegelsberger sollten ein bereits vorhandenes Denkmal, das an die „Opfer“ beider Weltkriege erinnert, erweitern. Das Vorhaben stieß in den saarländischen Medien auf ein lautes Echo und wurde von einzelnen Historikern und antifaschistischen Gruppen kritisiert. Für besonderes Unverständnis sorgte hierbei Dietmar Braun, der in einem Radiointerview kein Problem damit hatte, durch eine Wortwahl, die aus dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch schöpfte, zitiert zu werden. Außerdem, so machte Braun deutlich, würden es auch SS-Männer verdienen, nach ihrem Tod geehrt zu werden, schließlich würde ja auch an die von Nazis ermordeten Juden mit Stolpersteinen erinnert.

Der Skandal war perfekt: Sowohl der Gemeinderat als auch der Bürgermeister erfüllten offensichtlich unkritisch die Denkmalwünsche einer geschichtsrevisionistischen Gruppe, die erwiesenermaßen die Vollstrecker des deutschen Vernichtungskrieges ehren und diese zu Opfern verklären möchte. Es wäre nun an der Zeit gewesen, alle Pläne zur Errichtung des Denkmals und zur Zusammenarbeit mit Braun abzusagen. Doch weder

Bürgermeister Häusle, noch die SPD, geschweige denn die CDU-Fraktion erkannten die Zeichen der Zeit, sondern stimmten all diesen Vorkommnissen zum Trotz für eine Weiterverfolgung der Pläne der Hindenburgtruppe. Lediglich die bewilligten 5000 Euro wanderten in einen anderen Topf und sollten durch den Bürgermeister für das Denkmal ausgegeben werden, nachdem sich dieser mit nicht näher bestimmten, ominösen „Experten" besprochen hätte.

Sowohl der Bürgermeister als auch die Mitglieder des Gemeinderats waren sich auch im Nachgang zu dieser Blamage nicht zu schade, die Pläne positiv zu kommentieren. Klaus Häusle nahm sogar die Riegelsberger Soldaten in Schutz. „Eine Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern sei heute methodisch gar nicht mehr möglich und auch nicht sinnvoll", zitiert ihn der Saarländische Rundfunk. Außerdem sei, als würde das die Täter von jeder Schuld frei sprechen, das geplante Mahnmal „ein Mahnmal des Friedens". Ingbert Horn, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Riegelsberger Gemeinderat, erklärte „Die sind alle tot.", wodurch ein „Ende der Schuld" erreicht sei. Die Täter seien nur „in Anführungsstrichen Täter" und hätten somit ein Anrecht auf eine Gedenkstätte.

Fazit: Es kann nicht sein, dass in einer Zeit, in der bundesweit Kriegerdenkmäler zu Recht immer seltener als Veranstaltungsorte genutzt, sondern eher umgepflanzt oder sogar abgerissen werden, Riegelsberg sich dazu entschließt, ein neues zu bauen. Nicht nur, dass hier der Wunsch einer kleinen Gruppe, die sich als ideologisch höchst fragwürdig outet, erfüllt wird; Riegelsberg läuft außerdem Gefahr, in Zukunft an Tagen wie dem Volkstrauertag oder dem 8. Mai ein Aufmarschplatz für Nazis zu werden, die auf einem so protzigen Denkmal ihre Helden ehren können."

Antifa Saar, www.antifa-saar.org ■

Gedenkstunde anlässlich des 71. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz

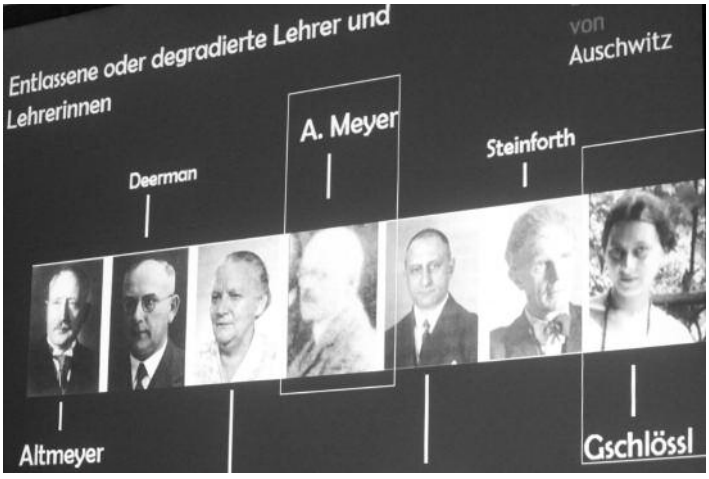
27. Januar 2016. In der Kölner Antoniterkirche ist kein Platz mehr frei. Musiker und Schauspieler bieten eine packende szenische Darstellung zum Thema „Kölner Schulen in der NS-Zeit".

Von Anfang an geht es um die Abwehr der Ideen von Demokratie, Pazifismus, Emanzipation und Liberalismus. Gleich 1933 werden alle „Freien Schulen" geschlossen, Lehrer diszipliniert und durch den NS-Lehrerbund gleichgeschaltet. Das „Gesetz für die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 bietet die Handhabe: *„§ 3 Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen. § 4 Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden."*

Jeden Montag kommen die Lehrer und Lehrerinnen in der Messehalle zusammen, um ihre Einführung in die Grundlagen der Ideologie des NS-Staates zu erhalten. Geländesport, Rassenkunde, Vererbungslehre und Heimatkunde sind die Inhalte mehrtägiger Zwangsveranstaltungen, sogenannter nationalpolitischer Lager. Wer nicht teilnimmt, wird gemeldet. *„Der völkische Staat hat seine gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten. Die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates muss ihre Krönung darin finden, dass sie den Rassesinn und das Rassegefühl instinkt- und verstandesmäßig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hinein brennt." „Eine gewalttätige, herrische unerschrockene, grausame Jugend will ich."* (aus: Hitler, Mein Kampf)

◗ Oberstudiendirektor Dr. Albert Maier vom Schiller-Gymnasium war Mitglied der Zentrumspartei gewesen. Seine Frau ist jüdischer Abstammung. Er wird seines Amtes enthoben.

◗ Die junge Religionslehrerin Ina Gschlössl wird entlassen. Das SPD-Mitglied hatte Texte für die Gleichberechtigung von Theologinnen verfasst und bereits 1932 in einem Aufsatz auf die von einer NS-Regierung drohenden Gefahren der Judenverfolgung aufmerksam gemacht.



◗ Dr. August Altmeyer, seit 1929 Oberstudiendirektor des Apostelgymnasiums, zeigte Mangel an „gleichgeschalteten Gefühlen", wie es in einem Bericht heißt. Der Geist Hitlers verlange gebieterisch die Entfernung des Leiters des Apostelgymnasiums aus jeder führenden Stellung. Dr. Altmeyer beteuert vergeblich seine Loyalität, er wird degradiert und schließlich zwangspensioniert.

Dr. Heinrich Deckelmann, zuvor Leiter des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, wird neuer Direktor der Schule. Er hatte sich als Werber für die Hitlerjugend ausgezeichnet. Im Jahr 1985, zur Vorbereitung des 125. Schuljubiläums erhielten drei Lehrer Otto Geudtner, Hans Hengsbach und Sybille Westerkamp, den Auftrag, sich mit der NS-Geschichte des Apostelgymnasiums zu beschäftigen. Es genoss den Ruf, als katholische Hochburg in der Nazizeit dem Humanismus verpflichtet geblieben zu sein und der braunen Gesinnung getrotzt zu haben. Die Recherche ergab indes: Von Widerstand keine Spur, dagegen früheste Anpassung an den Trend der Zeit. Die Festschrift zum 75. Jubiläum 1935 atmete den Nazi-Geist und verkündete vorauseilend: „Das APG ist judenfrei." Die Ergebnisse ihrer Forschungarbeit mussten die drei Kollegen privat publizieren. Ihr Buch „Ich bin katholisch getauft und Arier" von 1985, konnte zwar pünktlich zum Jubiläum erscheinen. Aber das offizielle Gremium des Festausschusses untersagte dem Buchhändler, das Buch in der Schule zu präsentieren und zu verkaufen. Die Schulbehörde wirft den Dreien „Störung des Schulfriedens" vor. Sie müssen diesem beamtenrechlich relevanten Vorwurf juristisch entgegentreten. Mobbing veranlasst sie schließich, sich an andere Schulen versetzen zu lassen. Erst 2010 zieht eine Festschrift der Schule kleinlaut das neue Fazit: *„...lassen die spärlichen Quellen doch den Schluss zu, dass diese Schule kein Ort des kollektiven oder gar organisierten Widerstands war."*

Die neuen Lehrpläne in den Schulen ordnen vor allem die Fächer Deutsch, Geschichte, Biologie sowie Sport der nationalsozialistischen Ideologie unter. Geschichte gilt an allen Schulformen als Ge-

sinnungsfach. Deutsch- und Geschichtslehrer müssen ein über das Übliche hinausgehendes Treuebekenntnis zum Staat ablegen. Geschichtsunterricht vermittelt fortan die Geschichte als Rassenkampf. Der Kampf um das Dasein, also die Durchsetzung vermeintlich hochwertiger und die Knechtung oder gar Ausrottung vermeintlich minderwertiger „Rassen“ bilden den neuen Fokus. Eine besondere Aufwertung erfährt auch das Fach Leibeserziehung, indem die Wochenstundenzahl von zwei auf fünf erhöht wird. Fremdsprachen, Mathematik, Physik, und Chemie verlieren an Gewicht.

Neu eingeführt wird das Fach Rassenkunde. Es wird fächerübergreifend unterrichtet. Höhere Schulen für Jungen streichen ausdrücklich die 12. und 13. Klassen, damit 1939, zu Kriegsbeginn, zwei Offiziersjahrgänge zur Verfügung stehen. Nach dem Dienst in der HJ folgen in der Regel für Jungen Arbeitsdienst und Wehrmacht. Mädchen und Frauen werden massiv aus dem akademischen Leben verdrängt. Nur noch 10 Prozent von ihnen können die Hochschulreife erlangen. Denn junge Frauen sollen auf ihre Aufgaben als Mütter vorbereitet werden. *„Damit“*, so der Westdeutsche Beobachter, soll *„das unberechtigte Eindringen der Mädchen in alle Berufe unterbunden werden.“*

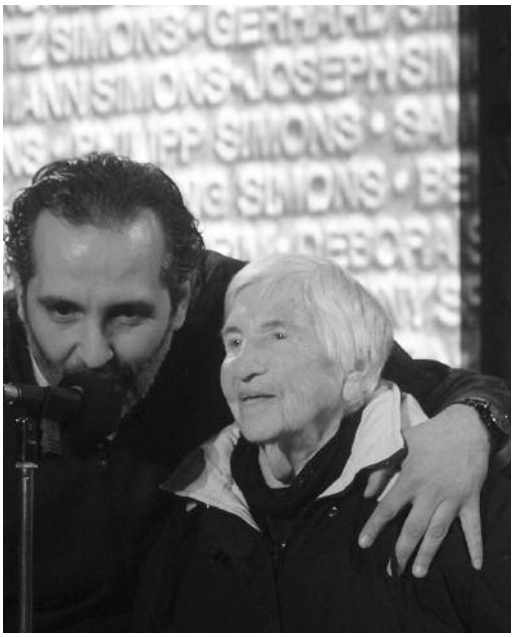
Zuletzt geht es um das Schicksal des Reformrealgymnasiums Jawne, die erste und einzige jüdische höhere Schule im Rheinland. Sie bestand seit 1919. Ende der 1920er Jahre besuchen über 400 Jungen und Mädchen die private Einrichtung. Durch die Verdrängung und den Ausschluss aus den öffentlichen Schulen

kommen ab 1933 immer mehr Schüler und Schülerinnen hinzu, auch aus Orten außerhalb Kölns. So wechselt auch Karla Bernhard-Rath, Jahrgang 1925, an die Jawne. Nach der Reichspogromnacht sinkt die Schülerzahl infolge der zunehmenden verzweifelten Flucht- und Auswanderungsbemühungen stetig. Der Schuldirektor Erich Klibansky hat lange vor den Pogromen die Übersiedlung der Schule nach England geplant. Intensiver Fremdsprachenunterricht bereitet auf die Auswanderung vor. In einigen Klassen können Schüler und Schülerinnen das Cambridge School Certificate erlangen, das eine Anerkennung zum Schulbesuch auf weiterführenden britischen Schulen beinhaltet. Hebräisch wird mit dem Ziel unterrichtet, die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern, aber anders als an den gleichgeschalteten Nazischulen hat auch Latein ein großes Gewicht im Lehrplan.

Im Januar 1939 gelangen die ersten Schüler nach London. Karla Bernhard-Rath, die heute Karla Yaron heißt, ist bei einem Transport ihrer Mädchenklasse dabei: *„Bis zur Kristallnacht wollten meine Eltern nicht an Auswanderung denken, weil sie immer gedacht haben, dass sie sich im Ausland nicht ernähren könnten, nicht arbeiten könnten. Dann haben sie doch gesehen, dass man so schnell aus Deutschland rausgehen sollte wie möglich. Eines Tages, im Juni 1939, haben wir uns alle am Bahnhof in Köln getroffen. Dort wartete ein Zug. Die Eltern standen am Bahnsteig und ich erinnere mich, dass wir ihnen gewunken haben aus dem Fenster. Für mich war es damals ein Abenteuer. Ein junges Mädchen, das von zu Hause wegging. Wir wussten, dass wir uns bald wiedertreffen. So haben wir gedacht und so haben wir uns verabschiedet.“*

Dr. Klibansky gelingt es, 130 Schülerinnen und Schüler der Jawne nach England zu bringen und so vor weiterer Verfolgung, Deportation und Ermordung durch die Nazis zu schützen. Die meisten der geretteten Jugendlichen sehen aber – wie Karla Yaron – ihre Eltern nicht wieder. Auch Erich Klibansky kann sich, seine Ehefrau sowie die drei Söhne nicht retten. Gemeinsam werden sie am 20. Juli 1942 mit Güterzug von Köln-Deutz mit 1160 anderen Männern, Frauen und Kindern nach Weißrussland deportiert und vier Tage später in der Nähe von Minsk auf einem Waldgelände von einem SS-Kommando in eigens dafür vorbereiteten Gruben erschossen. Insgesamt sind es über 1.100 Kölner jüdische Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren, die deportiert und ermordet werden.

Am 27. September 1944 schließen kriegsbedingt alle Schulen in Köln. 14 Monate später, im November 1945, ist offizieller Wiederbeginn des Unterrichts,



von den rund 279 Lehrern werden 42 Prozent als politisch unbelastet eingestuft. Im Jahre 1947 beträgt die Anzahl der schulpflichtigen jüdischen Kinder vier.

Den Text dieser szenischen Montage hat eine Redaktiosgruppe erarbeitet. Vorgetragen wurde er von den SchauspielerInnen Maria Ammann, Renate Fuhrmann, Marc-Andree Bartelt und Josef Tratnik, unterbrochen von Markus Reinhardts Violine und von Rap der Microphone Mafia mit Esther Bejarano. Getragen wird diese Gedenkstunde, die seit vielen Jahren stattfindet, von einer großen Anzahl Kölner Initiativen, Parteien und anderen Organisationen.

Anschließend an die Veranstaltung begeisterten die Microphone Mafia mit Kutlu Yurtseven & Esther und Joram Bejarano mit einem Konzert das Publikum. Die gotischen Fundamente der Antoniterkirche hielten es aus. *Klaus Stein* ■

Calais: Demonstration zur Solidarität mit den Migranten & Nazigewalt..

Von Bernard Schmid, z.Zt. Calais

Ausgelassene Stimmung, Trommelwirbel und dazwischen improvisierte Musik aus selbstgebastelten Tröten: Trübsal war nicht angesagt, als an diesem Samstag Nachmittag (23. Januar 16) mehrere Tausend Menschen in der nordfranzösischen Küstenstadt Calais zur Unterstützung der Migranten und Flüchtlinge demonstrierten. Sechs Reisebusse waren dazu am frühen Morgen allein aus der Hauptstadt Paris aufgebrochen, weitere Busse und Mitfahrgelegenheiten wurden aus der Regionalhauptstadt Lille organisiert. Delegationen kamen auch aus Hamburg und aus Großbritannien. Von dort ließ sich sogar der zum linken Parteiflügel zählende Chef der Labour Party, Jeremy Corbin, vor Ort blicken[1]. Ansonsten gehörten die französischen Demonstrantinnen und Demonstranten überwiegend libertären Gruppen, der „Neuen Antikapitalistischen Partei“ (NPA) oder sozialen Aktionsgruppen wie Droits devant! an. Aus migrantischen Kreisen hatten die Koordinationen der illegalisierten Einwanderer („Sans papiers“) mehrere Dutzend westafrikanische Eingewanderte aus dem Raum Paris sowie aus Lille mobilisiert. Auch nahmen zahlreiche afghanische Zuwanderer, aus dem Raum Paris wie auch von vor Ort – aus dem Migrantencamp in Calais – an der Demonstration teil.(Vgl. auch: http://www.independent.co.uk/news/world/europe/refugee-crisis-jeremy-corbyn-visits-calais-jungle-and-grande-synthe-camps-a6829701.html)

Nicht alle allerdings nahmen den Marsch von rund 3.000 Menschen (Polizei: 2.000, manche Veranstalter sprachen von: 5.000) freundlich auf. Der fünf Kilometer lange Weg vom „Jungle“ genannten Flüchtlingscamp außerhalb der Stadt bis zum Zentrum führte auch durch ein Viertel in Hafennähe, in dem es mehrere rechtsextreme Provokationen gab. In einem Hauseingang provozierten zwei Männer um die fünfzig – einer davon war über weite Teile des Oberkörpers bis auf den Handrücken tätowiert – die Vorbeiziehenden und versuchten Zwischenfälle zu provozieren: „Hast Du Dich gesehen, Du Affe?“ „Kanacke, zieh Leine!“

Einige Dutzend Meter weiter sammelten sich mehrere junge Männer vor einem Haus. Ein untersetzter Mann mit Kurzhaarschnitt schwang einen Schlagstock. Ein anderer neben ihm, Anfang zwanzig, holte ein Gewehr aus dem Haus und zeigte es kurzzeitig vor[2].

Die sichtlich nervöse Polizei ging mit schwarze Kapuzen und Gewehre tragenden Beamten dazwischen und durchsuchte das Gebäude nach der Waffe. Kurz darauf präsentierte deren Eigentümer, ein stämmiger junger Mann mit Bürstenhaarschnitt und in kurzen Hosen, auch ein Gewehr – doch es war nicht das richtige, das er vorher gezeigt hatte, und es war auch keine echte Waffe. Daraufhin wurde über die Presse bekannt, dass er nicht mit Strafverfolgungen zu rechnen habe. Allerdings flog der Schwindel auf, und es stellte sich heraus, dass er im Besitz eines scharfen (Jagd-)Gewehrs ist, das nicht polizeilich angemeldet wurde. Daraufhin verlautbarte nun, es werde doch ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren geben[3]. Der Betreffende ist polizeibekannt – als Minderjähriger wurde er wegen eines gewalttätigen Angriffs (mit Waffe) auf einen Migranten aus dem September 2010 in Polizeigewahrsam genommen –; und antifaschistischen Gruppen ist er seit längerem als rechtsextremer Aktivist bekannt, der etwa auch 2013 an einem stiefelfaschistischen Aufmarsch im 800 Kilometer entfernten Lyon teilnahm[4]. Der junge Mann heißt Gael Rougement, genannt „Steinar“, und ist demnach 21 Jahre alt. In der örtlichen und überregionalen Presse wird er allerdings durchweg als „überforderter Anwohner“ (riverain excédé) dargestellt, und weitaus weniger als politischer Aktivist bezeichnet; immer mit der Vorstellung verknüpft, das wahre Problem in der Stadt sei das Migranten-Camp. Der frühere Staatspräsident und Vorsitzende der konservativen Rechtspartei LR (Les Républicains, ehemals UMP), Nicolas Sarkozy, kommentierte das Ganze – nachdem er ein Video über das Gerangel vor dem fraglichen Haus gesehen hatte – übrigens mit den Worten: „Ich werde nicht hinnehmen, dass Personen, die sich illegal in Frankreich aufhalten, auf seinem Boden die Gesetze verletzen.“[5]

Auch einige AnwohnerInnen aus der Bevölkerung ließen sich anstecken und zeigten sich feindselig. „Ich bin allein mit meinen Kindern, und wer kümmert sich um mich?“ rief eine Frau mit Verband um den Arm auf die Vorbeigehenden herab, und fügte hinzu: „Die sind Tausende da drüben! Und wir, wie viele sind wir hier?“. Eine ältere Dame polterte vor ihrem Haus herum: „Nehmt sie doch alle mit, und bringt sie nach England! Hauptsache, sie belästigen uns hier nicht mehr!“ Andernorts wiederum standen Menschen auf den Balkonen, applaudierten dem Zug und filmten mit ihren Handys. Auch die Polizei ihrerseits hatte an dem Tag sehr stark mobilisiert und stand etwa vor der Unterpräfektur (örtliche Vertretung des Zentralstaats, die die Befehlsgewalt über die Polizeikräfte innehat) massenhaft Spalier. In Sichtweite von dort lungerte ein sichtlich erfahrener Neonazikader in Bomberjacke bis zum Ende der Demonstration vor seinem Auto herum und musterte deren Teilnehmer/innen. Örtliche Demo-Beteiligte, denen es gelungen ist, sein Nummernschild zu photographieren, vermuten in ihm einen Beteiligten an den gewalttätigen Übergriffen auf Migranten, die sich in Calais häufen. In der Nacht vom 20. auf den 21. Januar 16 etwa wurden drei Syrer dort, mutmaßlich mittels Eisenstangen, angegriffen[6]. Unterdessen häufen sich auch Zwischenfälle zwischen der Polizei und den Einwohnern des Migranten-Camps (wie zuletzt am Sonntag, den 31. Januar 16).[7]

Brennpunkt

Calais bildet seit Jahren einen Brennpunkt der europäischen Flüchtlingspolitik. Denn dort sammeln sich Migrantinnen und Migranten, die auf die britischen Inseln übersetzen möchten – sei es, dass dort Menschen aus ihrer Familie oder Community leben, sei es aus sprachlichen Gründen. Oder weil der neoliberal entregulierte britische Arbeitsmarkt auch „illegalisierten“ Menschen zumindest die Chance lässt, überhaupt Arbeit zu finden, wenngleich zu üblen Bedingungen. Auch wollen die sich am Ärmelkanal „stauenden“ MigrantInnen nicht in Frankreich bleiben, weil sich herumgesprochen hat, dass das französische Asylsystem unter denen der Kernländer in der EU zu den miesesten zählt und die Anerkennungsquote beim französischen Flüchtlingsamt OFPRA zu den niedrigsten; vor der Ankunft der syrischen Flüchtlinge im Sommer 2015 lag sie unter 25 Prozent, jetzt liegt sie bei 30 Prozent.

Doch die britische Regierung bezahlt seit nunmehr fünfzehn Jahren ihr französisches Pendant und stellt Polizisten nach Calais ab, um zu verhindern, dass unerwünschten MigrantInnen die Überfahrt gelingt. Ein humanitäres Auffanglager des Roten Kreuzes in Sangatte – einige Kilometer westlich von Calais –, das sanitäre Einrichtungen und hygienische Mindestbedingungen bot, wurde 2002 auf britischen Druck hin geschlossen. In der Folgezeit irrten Geflüchtete im Stadtgebiet von Calais herum oder in den nahen Wäldern, wo sich informelle Camps bildeten, die als „Jungles“ bezeichnet wurden. Seit nunmehr anderthalb Jahren hat sich aus vielen kleineren Einrichtungen ein größerer „Jungle“ gebildet, de facto ein Slum, der derzeit 5.000 bis 6.000

Menschen beherbergt. Viele kommen aus dem Irak, aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea, also aus Ländern, deren EinwohnerInnen selbst in den meisten EU-Ländern hohe Chancen auf Anerkennung als politische Flüchtlinge aufweisen. Die Existenz des relativ großen Barackenlagers wurde zum Anstoß für Teile der örtlichen Bevölkerung.

Unter britischem Druck tut die französische Staatsmacht jedoch alles, um sie von ihrem Wunsch abzuhalten, sich auf LKWs oder Schiffe im Hafen von Calais einzuschmuggeln oder durch den unterirdischen Tunnel für den Schnellzug Eurostar den Fußweg nach England zu versuchen, was manchmal gelingt. Im Oktober vorigen Jahres flog die französische Staatsmacht mehrere Hundert Flüchtlingen aus Calais aus und verteilte sie über Abschiebegefängnisse in ganz Frankreich, bis nach Metz, Nîmes und Toulouse: Hauptsache, sie waren aus Calais verschwunden. Die dann zuständigen Richter zeigten sich sehr verärgert und fragten die Regierung öffentlich, wie sie es sich denn vorstelle, Betroffene etwa nach Syrien abzuschieben – um die Leute umgehend wieder freizulassen. Für das Ausfliegen der Menschen in weit entfernte Landesteile hatte die französische Regierung eigens einen Jet bei einem privater Anbieter angemietet. Die Episode mit dem Charterflug sorgte daraufhin für im Internet weitverbreitete und anhaltende Gerüchte, Flüchtlinge würden in Frankreich dermaßen verhätschelt, dass ihnen sogar „ein Privatjet" – den dazu gestellte Fotos zeigten – zur Verfügung gestellt werde.

Im November 15 wurde die französische Staatsmacht von Verwaltungsgerichten wegen Verletzung der Menschenrechte der in Calais Hausierenden verurteilt. Daraufhin ließ sie Duschen und Toilettenwagen aufstellen. Vergangene Woche begann die Zerstörung eines Teils des Zelt- und Barackenlagers, an dessen Stelle die Staatsmacht auf einer Seite des „Jungle" Container errichten ließ. Diese wirken keineswegs humaner und sollen vor allem Unterstützer/iInnen abhalten: Dank modernster Technik funktioniert die Türöffnung mittels Erkennung der Handfläche und lässt Unerwünschte draußen bleiben.

Am Samstag Nachmittag (23. Januar 16) gelang es 500, überwiegend afghanischen und meist sehr jungen Migranten sowie UnterstützerI/inne/n, im Anschluss an die Demonstration eine Polizeikette zu durchbrechen. Vor allem die jungen Afghanen hatten sich auf dem Platz der Abschlusskundgebung rund um eine auf Paschtunisch gehaltene Rede versammelt und dabei wiederholt skandiert: „Jungle, No no, Jungle, No no – UK, UK!"

Einige von ihnen konnten daraufhin zusammen mit anderen Demonstrant/inn/en eine Fähre im Hafen von Calais besetzen; rund fünfzig Menschen gelangten an Bord, während rund 300 weitere im Hafenareal in einem Polizeikessel standen. Dies war eine Premiere. Im Anschluss wurde der gesamte Hafenbetrieb im Laufe des Abends eingestellt. Nach einigen Stunden war auch das Fährschiff polizeilich geräumt.

Im Internet und in Leserkommentarforen französischer Zeitungen ließen daraufhin vielerorts Rassisten ihrer Meinung freien Lauf: Wo sei denn der Ausnahmezustand, der in Frankreich weiterhin gilt, lautete eine ihrer empört klingenden rhetorischen Fragen.

Sechs Migranten und mehrere „No Borders"!-Aktivist/inn/en wurden dem Richter vorgeführt. Die sechs jungen Afghanen bleiben bis zu ihrem Prozess in Haft, die französischen Aktivisten wurden bis zum Prozesstermin auf freien Fuß gesetzt. Der Prozess sollte ursprünglich gleich am Montag, den 25. Januar d.J. stattfinden wurde jedoch auf den 22. Februar 16 verschoben[8].

Gegen drei italienische Studentinnen wurde in dem Zusammenhang zudem ein Verfahren zur Abschiebung aus Frankreich eingeleitet, inzwischen jedoch wieder eingestellt.

Etablierte Politik

Auch auf institutioneller politischer Ebene hatte die Sache ein Nachspiel. Der neue konservative Regionalpräsident Xavier Bertrand eilte am Montag, den 25. Januar 16 zu einer „Krisensitzung" mit Leuten seiner Partei LR (ihr gehört auch die Calaiser Bürgermeisterin Nathalie Bouchart an) in die Stadt[9], und forderte – wie zuvor auch bereits die Letztgenannte seit Oktober 2015 – den Einsatz der Armee in Calais[10].

Im Regionalparlament vollführte der Front National, der dort seit den Wahlen vom 6. und 13. Dezember 15 die einzige Opposition gegen die neue konservative Regionalregierung bildet (die Sozialdemokratie hatte ihre Liste zugunsten der bürgerlichen Rechten zurückgezogen, um einen Wahlsieg des FN zu verhindern), einen Aufstand. Die Regionalparlamentarier des FN störten die Sitzung vom 28. Januar d.J., zeigten Schilder mit der Aufschrift „Je suis Calais" („Ich bin Calais", unter Anspielung auf „Je suis Charlie" nach dem Mordanschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo im Januar 15) und pöbelten herum[11].

Ein FN-Abgeordneter im Regionalparlament, Jacques Danzin, warf dem Regionalpräsidenten Bertrand in dem Zusammenhang sinngemäß vor, „uns wie schlitzäugige Trottel (im Original: Niakoué) zu behandeln"[12]. Vizepräsident Gérald Darmanin (LR) kündigte daraufhin eine Strafanzeige wegen rassistischer Ausfälle an. ■

Anmerkungen:

1 Vgl. auch: http://www.independent.co.uk/news/world/europe/refugee-crisis-jeremy-corbyn-visits-calais-jungle-and-grande-synthe-camps-a6829701.html

2 Vgl. die Szene auch hier: http://www.francetvinfo.fr/france/nord-pas-de-calais/migrants-a-calais/video-calais-un-riverain-excede-brandit-un-fusil-en-marge-de-la-manifestation-pro-migrants_1283723.html oder unter: http://www.20minutes.fr/lille/1772051-20160124-calais-riverain-excede-brandit-fusil-devant-manif-soutien-migrants

3 Vgl. http://www.lavoixdunord.fr/region/le-calaisien-qui-a-pointe-un-fusil-sur-des-migrants-sera-ia33b0n3295437

4 Vgl. http://lahorde.samizdat.net/2016/01/26/calais-portrait-du-pseudo-riverain-excede-veritable-skinhead-neonazi/

5 Vgl. http://www.lavoixdunord.fr/region/le-calaisien-qui-a-pointe-un-fusil-sur-des-migrants-sera-ia33b0n3295437 , am Schluss des Artikels

6 Vgl. http://france3-regions.francetvinfo.fr/nord-pas-de-calais/calais-trois-migrants-syriens-agressent-la-barre-de-fer-910239.html

7 Vgl. http://www.lavoixdunord.fr/region/calais-nouveaux-affrontements-entre-migrants-et-forces-de-ia33b48581n3304713

8 Vgl. http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2016/01/24/01016-20160124ARTFIG00176-calais-8-personnes-jugees-lundi-apres-leur-intrusion-dans-un-ferry.php oder http://www.franceinfo.fr/fil-info/article/blocage-du-port-de-calais-le-proces-de-six-migrants-et-deux-militants-reporte-761199

9 Vgl. http://www.franceinfo.fr/fil-info/article/xavier-bertrand-calais-lundi-pour-une-reunion-de-crise-760979

10 Vgl. http://lci.tf1.fr/jt-13h/videos/2016/migrants-a-calais-xavier-bertrand-demande-le-soutien-de-l-armee-8709624.html

11 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2016/01/29/je-suis-calais-les-elus-fn-perturbent-le-conseil-regional-du-nord-pas-de-calais-picardie_4855671_823448.html

12 Vgl. http://www.lexpress.fr/actualite/ politique/un-elu-fn-derape-au-conseil-regional-de-nord-pas-de-calais-picardie_1758712.html und http://lelab.europe1.fr/vous-nous-prenez-pour-des-niakoues-echange-surrealiste-entre-fn-et-lr-au-conseil-regional-de-nord-pas-de-calais-picardie-2659293

Schon 140 tote Flüchtlinge in diesem Jahr

Die Zahl der Todesopfer hat in diesem Jahr bereits 140 erreicht. Allein am vergangenen Wochenende sind 42 Flüchtlinge ertrunken, darunter 11 Kinder. Derweil diskutieren europäische Länder über Grenzkontrollen und Obergrenzen.

Während die europäischen Ländern über Obergrenzen und strengere Grenzkontrollen im Schengen-Raum zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen diskutieren, sterben an den EU-Außengrenzen Menschen auf der Überfahrt nach Europa. Europa. So auch am Freitag. Bei einem Bootsunglück vor der griechischen Küste sind 42 Flüchtlinge ertrunken. Das teilte die Internationale Organisation für Migration in Genf mit. Nach Angaben der Hilfsorganisation Save the Children sind 11 Kinder unter den Toten. Allein in dieser Woche seien bereits 21 Kinder im Mittelmeer ertrunken, hieß es.

Mit der neuen Tragödie stieg in diesem Jahr die Zahl der Todesopfer und Vermissten unter den Bootsflüchtlingen im Mittelmeer laut IOM auf rund 140. Im gleichen Zeitraum schafften knapp 37.000 Bootsflüchtlinge, in Europa an Land zu gehen. Somit hätten bis zum 21. Januar 2016 rund zehnmal so viele Flüchtlinge Europa übers Mittelmeer erreicht wie in den ersten drei Wochen 2015, erklärte die Organisation. Die meisten Migranten seien 2016 in Griechenland angekommen.

Quelle: http://www.migazin.de
25.1.2016 ■

Unionsvorschläge untergraben Demokratie

„Die Union zeigt sich unfähig und unwillig, einen humanitären Umgang mit Flüchtlingen zu garantieren", äußert sich die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zum Treffen der Unions-Innenminister am 22.1. in Wolmirstedt. Jelpke weiter:

„Die Innenminister der Union begeben sich auf Konfrontationskurs mit der Bundeskanzlerin. Es ist bezeichnend, dass sie sich nicht einmal mehr die Mühe machen, ihre Forderung nach Zuzugsbegrenzung und Obergrenzen bei der Flüchtlingsaufnahme humanitär zu kaschieren. Kein Wort vom Grundrecht auf Asyl, von sicheren Fluchtwegen, fairen Asylverfahren und menschenwürdigen Aufnahmebedingungen. Den Unions-Innenministern fällt nichts anderes ein, als nach Verschärfungen zu rufen. Eine pauschale Abweisung von Flüchtlingen an den deutschen Außengrenzen, wie sie jetzt gefordert wird, ist weder rechtlich noch humanitär zu verantworten. Die Forderung nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist abenteuerlich. Damit werden alle beleidigt, die noch das Grundgesetz verteidigen. Die Bundeswehr ist keine Hilfspolizei und soll auch keine werden. Mit Militär Sicherheit herzustellen, funktioniert bekanntlich im Ausland nicht, und im Inland wird es ebenfalls nicht funktionieren. Eine Militarisierung der Inneren Sicherheit untergräbt unsere Demokratie."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de
22.01.2016 ■

EuGH-Präsident: Obergrenze rechtlich nicht möglich

Eine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen wird immer wieder gefordert. Dabei ist gemeinhin bekannt, dass das juristisch nicht machbar ist. Nun hat sich der Präsident des Europäischen Gerichtshofs zu Wort gemeldet.

Der Präsident des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), Koen Lenaerts, hat starke rechtliche Bedenken gegen eine Flüchtlings-Obergrenze. „Man muss folgendes beachten: Immer wenn jemand asylberechtigt ist, hat er nach dem Unionsrecht das Anrecht darauf, als Flüchtling anerkannt zu werden", sagte Lenaerts der Neuen Osnabrücker Zeitung. „Das ist schwer vereinbar mit irgendeiner Zahl oder Obergrenze." Eine Obergrenze für die Aufnahme von Asylbewerbern wird vor allem von der CSU gefordert.

Lenaerts geht davon aus, dass die EU-Staaten die Flüchtlingskrise lösen werden: „Ich glaube, dass die derzeitigen Probleme überwindbar sind." Die EU werde daran nicht zerbrechen, sondern diese Krise meistern, wie sie schon zahlreiche Krisen zuvor gemeistert habe, sagte der Belgier, der dem Gerichtshof in Luxemburg seit dem vergangenen Oktober vorsteht.

Der Jurist erinnerte daran, dass die EU immer strikt gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention handeln müsse. So müssten alle EU-Länder gemeinsame Mindest-Standards bei der Unterbringung von Flüchtlingen einhalten, solange sie den Asylantrag einer Person prüfen.

Quelle: http://www.migazin.de
19.1.2016 ■

Kobani braucht weiterhin Solidarität

In dieser Woche jährt sich die Befreiung Kobanis von den Mörderbanden des IS. In der syrisch-kurdischen Stadt Kobani erlitt der IS seine erste schwere Niederlage, hier verlor er den Ruf seiner Unbesiegbarkeit.

Seit der Befreiung der Stadt konnten die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ und ihre arabischen und assyrischen Verbündeten wesentliche Fortschritte machen und die Region bis zum Euphrat befreien.

Doch ein Jahr nach der Befreiung liegen immer noch weite Teile Kobanis in Trümmern. Zehntausende Menschen müssen in Zeltlagern oder Ruinen leben. Nur langsam geht der Wiederaufbau voran. Grund dafür ist ein Embargo der Türkei, die ihre Grenze nach Kobani weitestgehend geschlossen hält. Weder dringend benötigte Baumaterialien noch Aufbauhelfer werden rüber gelassen. Humanitäre Hilfsgüter müssen häufig über einen hunderte Kilometer weiten Umweg über den Nordirak nach Kobani transportiert werden.

Die Bundesregierung muss Druck auf die Türkei ausüben, damit die Grenze nach Kobani für humanitäre Hilfe, für den Wiederaufbau, für Einwohner und Helfer ohne Restriktionen geöffnet wird. Die Schaffung eines humanitären Korridors ist dringend notwendig.

Wenn der Wiederaufbau von Kobani nicht von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird, dann bleibt den Einwohnern von Kobani in ihrer Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit am Ende doch nur die Flucht nach Europa. Lassen wir nicht zu, dass der IS und seine Unterstützer in der türkischen Regierung auf diese Weise doch noch einen späten Sieg davon tragen können.

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de
25.1.2016 ■

Schweiz zieht Flüchtlingen ihr Geld ab

Die Schweiz gehört mit zu den reichsten Ländern der Welt. Das hält das Land aber nicht davon ab, das Geld von ankommenden Flüchtlingen abzuziehen. Damit würden die Asyl-Ausgaben finanziert.

In der Schweiz müssen Flüchtlinge nach ihrer Einreise alle Vermögenswerte über 1.000 Franken (etwa 914 Euro) an die Behörden abgeben. Die Eidgenossen wenden die Regelung lückenlos an, wie das öffentlich-rechtliche Schweizer Fernsehmagazin 10vor10 berichtete. In der Schweiz erlaube das Asylgesetz den Vermögenseinzug ebenso wie in Dänemark. Die Praxis des skandinavischen Landes hatte internationale Proteste ausgelöst.

Das Magazin berichtet von einem syrischen Flüchtling, der bei seiner Einreise knapp 2.387,55 Franken besaß. Der Familienvater kam nach eigenen Angaben in Zürich in eine Polizeikontrolle. Die Beamten hätten ihn festgenommen und 1.380 Franken konfisziert. Einen Restbetrag von 1.007,55 Franken habe er behalten dürfen. Die Beamten hätten ihm eine Quittung ausgestellt, die in dem Beitrag von 10vor10 zu sehen ist.

Zudem hätten die Polizisten zugesagt, dass er das Geld zurückerhalte. Das sei jedoch bis jetzt nicht geschehen. Der Mann wollte anonym bleiben, weil sein Asylverfahren noch laufe. Bei einer Umfrage des Magazins in einem Durchgangsheim er-

klärten andere Asylbewerber, die Behörden hätten auch ihre Vermögenswerte kontrolliert.

Eine Sprecherin des eidgenössischen Staatssekretariats für Migration bestätigte das Vorgehen. Die Begründung: Die Asylbewerber verursachten Kosten, für die sie aufkommen sollten. Wer innerhalb von sieben Monaten die Schweiz wieder verlasse, bekomme seine Vermögenswerte jedoch zurück.

Quelle: http://www.migazin.de 18.1.2016 ■

Inhumane Zurückweisungspraxis stoppen

„Schutzsuchende dürfen an europäischen Binnengrenzen nicht einfach weg- oder weitergeschoben werden. Schließlich haben alle Flüchtlinge ein Recht auf ein faires Asylverfahren innerhalb der EU," kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, ein von ihr in Auftrag gegebenes Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zur Zulässigkeit der Zurückweisung von Flüchtlingen an den EU-Binnengrenzen der Bundesrepublik Deutschland.

Jelpke weiter: „Das Gutachten bestätigt in vielerlei Hinsicht meine Kritik an den Zurückweisungsplänen der Bundesregierung. Alle Flüchtlinge haben ein Recht auf ein faires Asylverfahren innerhalb der EU. Bevor nicht wenigstens geklärt wurde, welches EU-Land für die Asylprüfung zuständig ist, dürfen Flüchtlinge nicht an den Grenzen abgewiesen oder zurückgeschoben werden. Entsprechende gesetzliche Unklarheiten oder Regelungslücken dürfen nicht zulasten der Flüchtlinge gehen. Die Zurückweisung von Flüchtlingen an deutschen Grenzen wird unweigerlich eine europaweite Zurückweisungskette in Gang setzen. An deren Ende droht den Flüchtlingen dann die Abschiebung in ein nicht sicheres Drittland – und damit eine Verletzung des sogenannten Refoulement-Verbotes der Genfer Flüchtlingskonvention.

Bereits jetzt werden Flüchtlinge, die in anderen EU-Ländern um Schutz ersuchen wollen, an der deutschen Grenze abgefangen. An der deutsch-österreichischen Grenze wurden allein im vergangenen Dezember 2.088 Personen zurückgewiesen, darunter 791 aus dem Iran, Afghanistan, Syrien, Irak, Somalia und Eritrea – allesamt Länder mit sehr hohen Anerkennungsquoten. Diese Menschen werden in ihrem Recht auf Asyl eingeschränkt. Grenzen dicht zu machen und Schutzsuchenden so den Weg in die Sicherheit zu nehmen, ist inhuman und europapolitisch fatal." *Ulla Jelpke, MdB* ■

Verzweiflungstat bei Abschiebeversuch

Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt verurteilt die erneute Sammelabschiebung aufs Schärfste und fordert eine humanitäre Flüchtlingspolitik.

Am Vormittag des 19. Januar 2016 wurden 32 Menschen, die in Sachsen-Anhalt leben, vom Flughafen Halle-Leipzig nach Sarajevo (Bosnien Herzegowina) und Pristina (Kosovo) abgeschoben. Welche schrecklichen Folgen Abschiebungen für die Schutzsuchenden haben, zeigt ein Vorfall in Halle-Silberhöhe. Als die Polizei in das Zimmer eines Mannes aus dem Kosovo eindrang, sprang dieser aus Verzweiflung aus dem Fenster. Der Mann kam mit schweren Knochenbrüchen ins Krankenhaus.

Dieser Vorfall zeigt, wie groß die Verzweiflung der Menschen ist, die in angeblich so „sichere Herkunftsstaaten" abgeschoben werden. „Die Menschenrechtslage in den Balkan-Ländern ist desolat, Minderheiten werden systematisch ausgegrenzt und diskriminiert. Die EU-Kommission selbst hat wiederholt festgestellt, dass Roma in ihrer Heimat unter menschenunwürdiger Diskriminierung leiden.", so Stefanie Mürbe, Sprecherin vom Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt.

Als Teil der Asylrechtsverschärfungen dürfen Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden. Die Praxis der unangekündigten Nacht- und Nebel-Abschiebungen verschärft die Gefahr von Folgetraumatisierungen und Suizid-Versuchen. „Die Menschen, darunter Familien mit Kindern, müssen täglich und jede Nacht damit rechnen, abgeschoben zu werden. Die ständige Angst bedeutet eine enorme psychische Belastung.", betont Mürbe.

„Die Landesregierung ist gefordert, an einem fairen Umgang mit den Geflüchteten festzuhalten und humanitäre Härtefälle zu berücksichtigen", so Mürbe.

In den kommenden Tagen sind weitere Sammelabschiebungen aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen über den Flughafen Halle/Leipzig zu befürchten.

„Statt aktionistische Maßnahmen auf Kosten der Menschenrechte zu betreiben, die nur dazu dienen, Handlungsfähigkeit zu beweisen und dem Druck von Rechts nachzugeben, müssen auf allen Ebenen endlich langfristig wirksame Maßnahmen für die erfolgreiche Aufnahme schutzsuchender Menschen ergriffen werden. Abschiebungen, Abschottung und populistische Instrumentalisierungen sind keine Lösung", fordert Stefanie Mürbe vom Flüchtlingsrat.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt 20.1.2016 ■

Flüchtlingsrat Bayern: Niemand flieht freiwillig

Zur hysterischen Debatte der CSU und der Bundesregierung über die Flüchtlingspolitik:

35,0 % der im Dezember 2015 nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge kamen aus Syrien, 22,2 % aus dem Irak, 20,8 % aus Afghanistan und 5,9 % aus dem Iran. Damit stellten diese vier Herkunftsländer laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge alleine 83,9 % der neu eingereisten Flüchtlinge in Deutschland. Manchmal ist die Wahrheit ganz einfach: Diese Menschen fliehen vor Krieg und Verfolgung, nicht freiwillig, nicht aufgrund von Lappalien. Wären ihre Lebensbedingungen erträglicher, wäre ihr Leben nicht in Gefahr, so würden sie ihre Herkunftsländer nicht verlassen.

Dass solche Flüchtlinge nicht mehr hilflos durch Europa irren müssen, sondern Schutz und Aufnahme finden, dafür haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes vor dem Hintergrund des deutschen Nationalsozialismus gesorgt. Sie schrieben das individuelle Grundrecht auf Asyl ins deutsche Grundgesetz, das uns heute noch immer verpflichtet.

Nun wäre es angebracht, alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, um für eine angemessene Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zu sorgen und zeitgleich die Fluchtursachen dieser Menschen zu bekämpfen. Stattdessen führt die CSU im bayerischen Landtag und als Teil der Bundesregierung eine hysterische Debatte, hetzt gegen Flüchtlinge, missbraucht und instrumentalisiert jeden Anlass, der sich bietet. Die Forderungen überschlagen sich geradezu: Ausweitung der sicheren Herkunftsländer, Transitlager, Schließung der deutschen Grenzen, Begrenzung der Flüchtlingszahlen durch Obergrenzen. Selbst eine Änderung des Grundgesetzes wird vereinzelt ins Spiel gebracht. Dabei sind die vielen Asylrechtsverschärfungen der vergangenen Monate teilweise noch nicht einmal in die Praxis umgesetzt worden.

„Die Hysterie der CSU ist nicht in der Überforderung der bayerischen Behörden und BürgerInnen bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu suchen. Sie liegt in der Angst vor dem WählerInnenverlust an die AfD und andere rechte Parteien, die der CSU Konkurrenz machen könnten", kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Die CSU hat mit ihrer Hetze dazu beigetragen, den Rechten den Weg zu ebnen und gießt weiterhin Wasser auf die Mühlen rechter Bewegungen. Noch mehr von der falschen Medizin macht die Situation nur noch schlechter. Wir fordern die CSU auf, ihren Aktionismus und ihre Hetze gegen Flüchtlinge einzustellen!"

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 21.1.2016 ■

Statistik für 2015: Zahl der Abschiebungen hat sich verdoppelt

Fast 21.000 Ausländer sind im vergangenen Jahr aus Deutschland abgeschoben worden. Das sind nahezu doppelt so viele wie im Jahr zuvor, wie aus einer am Mitt-

woch bekannt gewordenen Statistik des Bundesinnenministeriums hervorgeht. Aus den 16 Bundesländern sowie unter der Verantwortung der Bundespolizei wurden demnach insgesamt 20.888 Ausländer abgeschoben. 2014 gab es 10.884 Abschiebungen.

Wie die Sächsische Zeitung berichtete, sind weit mehr Menschen, die zum Verlassen Deutschlands aufgefordert wurden, freiwillig ausgereist. Das Bundesinnenministerium erfasste in der Statistik fast 37.220 freiwillige Ausreisen. Fast 90 Prozent davon kamen aus Albanien, dem Kosovo, Serbien und anderen Ländern des westlichen Balkans.

Zudem sei eine unbekannte Zahl ausreisepflichtiger Ausländer fortgezogen, ohne sich förmlich abzumelden. Diese Zahl ist nach Angaben des Innenministeriums „nicht valide erfassbar".

Die meisten Abschiebungen nahm nach Angaben des Bundesinnenministeriums Nordrhein-Westfalen vor (4.395), gefolgt von Bayern (4.195), Hessen (2.651) und Baden-Württemberg (2.431).

Quelle: http://www.migazin.de 21.1.2016 ■

Niedersachsen verabschiedet sich von Flüchtlingsaufnahmeprogramm

Mit Enttäuschung hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen auf die Entscheidung der Landesregierung reagiert, das Landesprogramm zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge im Rahmen des Familiennachzugs nicht neu aufzulegen. Diese Entscheidung ist absolut unverständlich:

Für den Lebensunterhalt der im Rahmen eines solchen Aufnahmeprogramms aufgenommenen Flüchtlinge zahlen Freunde/innen und Familienangehörige, die auch eine Unterbringung gewährleisten müssen. „Wer es mit dem Schutz von Flüchtlingsfrauen und Kindern ernst meint, sollte dafür sorgen, dass zumindest die Angehörigen hier lebender Flüchtlinge gefahrlos einreisen können", erklärte dazu Karim Alwasiti, der im Auftrag von PRO ASYL beim Flüchtlingsrat Niedersachsen bundesweit syrische Flüchtlinge berät. „Die Verweigerung einer Neuauflage des Aufnahmeprogramms zwingt die Angehörigen von hier bereits lebenden Flüchtlingen auf den gefährlichen Fluchtweg über das Mittelmeer und auf die Balkanroute."

Im Unterschied zu Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Berlin, Brandenburg und Hamburg sieht sich Niedersachsen außerstande, die mit dem Aufnahmeprogramm verbundenen Kosten v.a. für eine Gesundheitsversorgung zu übernehmen. Eine solche Einschätzung ist jedoch kurzsichtig und falsch: Diese Menschen werden sich in jedem Fall auf dem Weg machen. Wenn die Flüchtlinge alle verfügbaren privaten Mittel für die Flucht aufbrauchen müssen und nach monatelanger Odyssee erschöpft und mittellos in Deutschland ankommen, muss der Staat für sie aufkommen. Das ist am Ende teurer, als ihnen auf der Grundlage privater Verpflichtungserklärungen eine legale Einreise zu ermöglichen.

Das Niedersächsische Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen durch hier lebende Verwandte ist seit Ende Juni 2015 ausgelaufen. Die Landtagskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe verabschiedete am 23.6.2015 einstimmig eine Resolution, mit der die Landesregierung aufgefordert wurde, das Aufnahmeprogramm bzgl. syrischer Flüchtlinge fortzusetzen und es auch auf die irakischen Flüchtlinge, die vom IS-Terror betroffen sind, zu erweitern.

Offenkundig scheitert eine Neuauflage des Aufnahmeprogramms allein deshalb, weil sich Bund und Länder nicht darauf einigen können, wer zuständig ist, wenn die aufgenommenen Flüchtlinge später einen Asylantrag stellen und als Flüchtlinge anerkannt werden. Nach niedersächsischer Rechtsauffassung erlischt dann die Verpflichtungserklärung. Schleswig-Holstein hat daher in der Anordnung zur Verlängerung der Aufnahmeanordnung festgelegt, dass sich die (auf fünf Jahre befristete) Verpflichtungserklärung auch auf den Fall einer Flüchtlingsanerkennung erstreckt. Warum Niedersachsen dies nicht ebenso regeln kann, bleibt unverständlich.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 21.1.2016 ■

Großkundgebung gegen Rassismus und Gewalt

STUTTGART. Rund 7000 Menschen haben am Samstagvormittag auf dem Schlossplatz in Stuttgart an einer Großkundgebung gegen Rassismus und Gewalt gegen Geflüchtete teilgenommen. Zu der Kundgebung „halt zusammen – Baden-Württemberg gegen Rassismus und Gewalt" hatte ein landesweites Bündnis aus Gewerkschaften, Arbeitgebern, den großen Kirchen im Land, dem Landesfrauenrat, Jugendverbänden, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, dem Sport, allen im Landtag und/oder im Bundestag vertretenen Parteien, politischen Stiftungen, der Islamischen Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg, den Israelitischen Religionsgemeinschaften, dem Flüchtlingsrat und vielen weiteren Organisationen aus der Zivilgesellschaft aufgerufen. Insgesamt haben sich 81 Organisationen dem Bündnis angeschlossen. Hintergrund der Großkundgebung ist die zunehmende Gewalt gegenüber Geflüchteten und das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen.

Vertreterinnen und Vertreter des Kerns des Bündnisses sprachen jeweils ein Grußwort:„Unser Land soll offen bleiben für Menschen, die hier friedlich, respektvoll und in gutem Einvernehmen mit ihren Nachbarn leben wollen – unabhängig von ihrer Herkunft, unabhängig davon, welcher Religion sie angehören und unabhängig von ihrem Geschlecht. Wir wollen keine Hassparolen hören und lesen. Wir wollen keine Heime brennen sehen", sagte Gabriele Frenzer-Wolf, die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende.

„Für uns als Arbeitgeber steht unverrückbar und ohne Spielraum für Interpretationen fest: In unserer Gesellschaft ist kein Platz für Rassismus, Diskriminierung, Sexismus oder gar Gewalt in jeglicher Form. Das gilt für alle: für diejenigen, die schon lange hier leben, aber auch für diejenigen, die gerade zu uns kommen. Die Unternehmen leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer gelingenden Integration", erklärte Stefan Wolf, Mitglied des Vorstands der Arbeitgeber Baden-Württemberg.

„Wenn wir mit offenen Augen nach vorne schauen, ist es unumgänglich, die Ursachen für die Flucht aus dem Weg zu räumen: unmenschliche Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, Krieg fördernde Waffenlieferungen oder die Funktionsweisen der Politik sind nur einzelne Punkte, die wir mit Papst Franziskus in diesem Zusammenhang beklagen", sagte Martina Kastner, Vorsitzende des Diözesanrates in der Erzdiözese Freiburg.

„Wir Frauen haben schon immer dafür gekämpft, dass alle Menschen, gleich welchen Geschlechts, gleich welcher Herkunft, gleich welchen Alters, gleich welcher Religion, gleich welcher sexuellen Orientierung hier in Deutschland das Recht auf Würde, Schutz, Chancen und Rechte haben. Dafür stehen wir ein", erklärte Manuela Rukavina, die Vorsitzende des Landesfrauenrates.

Quelle: Pressemitteilung DGB Baden-Württemberg 16.1.2016 ■

Barsinghausen: Demonstration gegen Brandanschlag

Unbekannte haben am Sonnabend, 23. Januar einen Brandanschlag auf den Rohbau einer Flüchtlingsunterkunft in Barsinghausen (nahe Hannover) verübt. Die Täter wollten offenbar das Gebäude in die Luft sprengen: Bei den Löscharbeiten in dem Rohbau in Barsinghausen stießen die Feuerwehrleute am Sonnabendmorgen auf mehrere geöffnete Gasflaschen, was zu einer Explosion hätte führen können, wie ein Feuerwehrsprecher sagte. Die Gasflaschen wurden ins Freie gebracht und dort gekühlt. Die Feuerwehrleute seien durch das Vorgehen der Täter in akute Lebensgefahr geraten, sagte der Sprecher. Die Kriminalpolizei geht von vorsätzlicher Brandstiftung in beiden Geschossen des Gebäudes aus, von den Tätern gab es zunächst keine Spur. Verwaltung und Baufirma befürchten jetzt, dass der Rohbau komplett abgerissen werden muss, weil die giftige Rußschicht von den Wänden

nur sehr schwer entfernt werden kann. Bis Ende März hatte das Gebäude für 48 Flüchtlinge bezugsfertig sein sollen.

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) fand deutliche Worte: „Stellen Sie sich vor, Sie wären nach einer langen und gefährlichen Flucht endlich in einem Land angekommen, in dem Sie hoffen, Ruhe und Sicherheit zu finden. Und dann gibt es immer wieder niederträchtige Brandanschläge auf im Bau befindliche oder – noch schlimmer – bereits genutzte Flüchtlingsunterkünfte“, sagte Weil. „Ich schäme mich dafür, dass so etwas auch bei uns in Niedersachsen immer wieder passiert.“ Die niedersächsische Integrationsbeauftragte Doris Schröder-Köpf nannte die Tat einen „feigen Anschlag“, der sich nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen die niedersächsische Bevölkerung richte. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) kündigte eine harte Bestrafung der Täter an. „Der oder die Täter wollten das Gebäude vollständig zerstören, um zu verhindern, dass Menschen nach ihrer Flucht vor Krieg oder Verfolgung einen Ort der Zuflucht finden“, erklärte er. „Das ist widerwärtig und kaum in Worte zu fassen.“ [1)]

Am 27.1. fand eine Demonstration unter dem Motto „Für unser Barsinghausen: weltoffen, mitfühlend und hilfsbereit“ statt. Im Aufruf heißt es: „Unser Barsinghausen ist eine Stadt der Weltoffenheit und Toleranz, des Mitgefühls und der tätigen Hilfe für alle, die aufgrund von Krieg, Hunger und Elend in ihrer Heimat Schutz bei uns suchen. Wir wollen, dass sich alle Menschen – gleich welcher Herkunft, Religion und Kultur – in unserer Stadt wohlfühlen. Alle, ob hier oder anderswo geboren, sollen frei und unbehelligt leben, lernen und arbeiten können. Wir wollen ein Zusammenleben in Frieden auf der gemeinsamen Basis unserer Verfassung und ihrer Grundrechte. Der Brandanschlag auf den Rohbau des Flüchtlingsheims an der Hannoverschen Straße am 23.Januar 2016 stört diesen Frieden in unerträglicher Weise. Er muss als Zeichen von Ausgrenzung und Fremdenhass angesehen werden. Nicht zuletzt wurde auch unser Geld verbrannt, das so dringend für die vielen Aufgaben in der Stadt benötigt wird.

Wir aber sagen ganz klar: diese Stadt gehört nicht den Brandstiftern. Sie werden ihr Ziel nicht erreichen. Wir werden weitermachen zum Wohl der Stadt und der Menschen. Das Flüchtlingsheim wird entstehen. Viele Barsinghäuserinnen und Barsinghäuser werden den Menschen helfen, sich bei uns zurechtzufinden und Fuß zu fassen. Wir werden dabei auch Schwierigkeiten bewältigen können, weil wir zusammenstehen.“[2)] 1500 Menschen drückten ihren Protest mit ihrer Teilnahme an der Demonstration aus.

Quelle: 1) Flüchtlingsrat Niedersachsen, 2) https://www.facebook.com/Barsinghausen-ist-bunt 26.1.2016 ■

Jede Abschiebung ist ein Verbrechen

THÜRINGEN. Seit mehreren Wochen finden in Thüringen Massenabschiebungen von Roma und anderen Geflüchteten aus sog. sicheren Herkunftsstaaten statt. Dass diese Länder, insbesondere für Roma und andere Minderheiten, nicht sicher sind, wurde von Roma Organisationen aber auch anderen NGOs mehrfach belegt. Schon jede Ankündigung einer gewaltsamen Verschleppung in Länder, aus denen Menschen geflohen sind, stellt eine Bedrohung ihrer Existenz dar. Erst recht gilt das für die tatsächliche Durchführung einer solchen gewaltsamen Abschiebung durch die deutsche Polizei. Jede Abschiebung ist ein Verbrechen und ist nicht hinnehmbar. Im Folgenden berichten wir über die Abschiebungen mehrerer Roma Familien am 16.12. aus Erfurt nach Belgrad / Serbien. Wir haben diese Informationen von den Betroffenen selbst erhalten und stehen mit ihnen in Kontakt.

Aus einer Unterkunft in der Magdeburger Allee wurden 2 AktivistInnen von Roma Thüringen und ihre drei Kinder abgeschoben. Die Betroffenen erwachten in der besagten Nacht dadurch, dass PolizistInnen plötzlich in ihrem Zimmer neben dem Bett standen und das Licht anschalteten. Sie hatten vorher weder geklingelt noch angeklopft. Den Menschen wurde außerdem das Telefon abgenommen, als sie Andere von ihrer Abschiebung benachrichtigen wollten. Damit wurde ihnen auch der Kontakt zu AnwältInnen verwehrt.

Auch in einer Unterkunft im Juri Gagarin Ring wurde eine AktivistInnenfamilie von Roma Thüringen abgeschoben. Der Vater der verschleppten Familie berichtet, dass jemand von der Ausländerbehörde bei der Abschiebung mit anwesend war. Die Familie hatte ein Attest für ihr krankes Kind mit der Empfehlung, dass die Abschiebung gegen die Familie ausgesetzt werden soll, da diese für das Kind gefährlich ist. Das Attest wurde der Beamtin gezeigt, die darauf antwortete, dass das jetzt egal ist und sie abgeschoben werden. Die Situation jetzt in Serbien ist die, dass sie zu sechst in einem Zimmer wohnen. Sie sind vorübergehend bei anderen Menschen untergekommen und werden in 2 Monaten obdachlos sein, da sie keine eigene Wohnung haben. Die Kinder sind krank. Bei ÄrztInnen wurde sie abgewiesen, weil sie Rom_nja sind.

In einer Unterkunft in der Stauffenbergallee wurde eine Familie in der Nacht der Abschiebung nicht in ihrem Zimmer angetroffen. Die Kinder gingen am nächsten Tag wie immer in die Thomas-Mann Regelschule und in die Humboldt-Grundschule. Die Polizei hat dann vor der Thomas-Mann Schule gewartet, um eins der Kinder (14) ohne jegliche Begleitung mitzunehmen. Danach ging die Polizei mit diesem Kind in die Humboldt-Grundschule, um auch das andere, jüngere, Kind mitzunehmen. Der erwachsene Bruder wollte das Kind aus der Humboldt-Grundschule abholen. Unter dem Vorwand, dass er das nicht dürfe und der Vater der Familie kommen solle, um die Kinder abzuholen, wurden die Kinder dort festgehalten und der Vater musste kommen. In der Zwischenzeit wurde durch die Schule die Polizei gerufen und als der Vater kam, wurden er und die Kinder durch die Polizei mitgenommen. Anschließend wurde die gesamte Familie in die Thüringenhalle gebracht. Dort sollten sie bis zu ihrer Abschiebung bleiben.

In der Unterkunft Thüringenhalle gibt es eine Registrierung von BesucherInnen wie im offenen Vollzug. Essen gibt es nur in der Halle zu bestimmten Zeiten. Die Kinder durften nicht mehr zur Schule. Die Familie erhielt kein Geld mehr, sondern nur noch Sachleistungen. In ihrer vorherigen Unterkunft, in der Stauffenbergallee, wurde noch am gleichen Tag ihr ganzes Hab und Gut, elektronische Geräte, Kleidung – eben alles – auf die Straße gestellt. Menschen, die vorbei kamen, nahmen die Dinge wie auf dem Sperrmüll mit. Nach der Sammelabschiebung in Belgrad angekommen, wurden die Menschen noch am Flughafen von serbischen PolizistInnen teilweise mit vorgehaltener Waffe bedroht und Alles durchsucht. Sie wurden eingeschüchtert und rassistisch beleidigt. Ihnen wurde gesagt, dass sie in Serbien nichts verloren haben und verschwinden sollen. Es wurden Anzeigen wegen Rufschädigung gegen sie gestellt, weil sie den serbischen Staat im Ausland schlecht gemacht hätten. Ihnen werden für zwei Jahre alle Sozialleistungen und die Krankenkasse vom serbischen Staat verweigert und sie haben ein Arbeitsverbot.

Die Kinder dürfen erst mit Beginn des nächsten Schuljahres wieder zur Schule gehen und müssen dann das Schuljahr komplett wiederholen. Außerdem müssen die Eltern eine Strafe von 350 Euro pro Kind für jeden Monat zahlen, in dem das Kind nicht in Serbien in die Schule gegangen ist.

„Jede Abschiebung ist ein Verbrechen. Deshalb fordern wir einen sofortigen allgemeinen Abschiebestopp. Weiterhin fordern wir die Rückholung der bereits Abgeschobenen und deren Entschädigung.“ so der Sprecher, Chani Cangovic, von Roma Thüringen.

Quelle: Pressemitteilung von Roma Thüringen (roma-thueringen@posteo.de) 17.1.2016 ■

„Lauf ruhig, du hast ein starkes Herz!“

Dieser Satz war es, der einem kleinen Jungen half, seine Angst vor Schwäche zu überwinden und ein Selbstbewusstsein zu entwickeln, das ihn auf seinem weiteren Lebensweg stützen sollte. Zu jenem Zeitpunkt jedoch, als Giacomo Notari diese Wort aus dem Mund eines Arztes hörte, wusste er noch nicht, welche Gefahren er später einmal überwinden und welchen Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft er leisten würde. Er ist Teil einer besonderen Generation von Menschen, deren Schicksal zwar hierzulande manchmal erwähnt, deren Verdienst aber auch mehr als siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer noch nicht hinreichend gewürdigt wird. Es ist die Generation der Partisanen/-innen und ihres Kampfes für die Befreiung Italiens vom Faschismus.

Giacomo Notari kam am Nikolaustag des Jahres 1927 im Dorf Marmoreto in der heutigen Gemeinde Ventasso zur Welt. Das bäuerliche Leben im Süden der Provinz Reggio Emilia, am Fuß des toskanisch-emilianischen Apenninmassivs, war geprägt durch harte Arbeit, Armut und Enthaltsamkeit, aber auch starken Zusammenhalt. Es sind diese prägenden Facetten, die Notari im ersten Kapitel seiner 2015 im PapyRossa-Verlag erstmals auf Deutsch erschienenen Autobiografie „Ihr Partisanen, nehmt mich mit euch!“ so lebendig beschreibt, dass er die Leser/-innen an der Hand packt und auf eine Zeitreise mitnimmt. Eine Zeitreise in ein Leben, einen Ort und eine Region des ländlichen Italiens, fernab industrialisierter Zentren wie Mailand oder Turin. Jenes sozio-geografische Milieu bildete später das Rückgrat der Resistenza, deren Aktivitäten sich neben den größeren Städten vor allem auf die bergigen Gebiete konzentrierten.

Gefördert wurde dies besonders durch das zunehmende Leid der Zivilbevölkerung ab Herbst 1943. Nach Mussolinis Ausrufung eines von Nazi-Deutschland protegierten Marionettenstaates, der Republik von Salò, deren Territorium sich zunächst bis Rom, später noch bis zur Linie La Spezia-Bologna-Ravenna erstreckte, nahmen die brutalen „Säuberungs- und Durchkämmungsaktionen“ von faschistischer Miliz und deutscher Wehrmacht dramatisch zu. Dies schildert Notari im zweiten Teil des Buches eindrücklich, insbesondere wenn er davon berichtet, wie der Krieg letztlich auch in die Berge kam, und somit auch die Menschen erreichte, die zwar vorher bereits unter Verzicht und Armut litten, deren Leib und Leben jedoch wenigstens nicht noch zusätzlich durch militärische Aktionen bedroht schien. Mit Beginn des Frühjahrs 1944 kam es schließlich dazu, dass sich Giacomo Notari im Alter von erst 16 Jahren gegen den Willen seines Vaters für ein „gefährliches Abenteuer“ entschloss. Er meldete sich in der Provinzzentrale der faschistischen Streitkräfte in Reggio Emilia freiwillig zum Dienst, mit dem Ziel, als Infiltrant mehr und mehr junge Soldaten dazu zu ermutigen, zu den Partisanen überzulaufen. Nach einiger Zeit floh er auch selbst aus der Kaserne und machte sich zurück auf den Weg nach Marmoreto, um dann fortan in der 145. Garibaldi-Brigade für die Befreiung Italiens zu kämpfen. Die letzten Kriegsmonate waren gekennzeichnet von intensiven Gefechten, besonders da die Frontlinie nunmehr genau durch die Berge des emilianischen Apennins verlief. Mit dem durch Partisanenunterstützung ermöglichten, sukzessiven Vorrücken der Alliierten nach Norden, wurde jedoch schließlich das Ende von Krieg und faschistischer Herrschaft eingeleitet: „Endlich frei!“

Im abschließenden Teil seiner Memoiren beschreibt Giacomo Notari dann seine Erfahrungen von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis ins neue Jahrtausend hinein. Anfangs ging es dabei vor allem um den „materiellen und moralischen Wideraufbau Italiens“, dem sich unzählige Menschen der Widerstandsgeneration in besonderem Maße, und mit einer für heutige Verhältnisse kaum vorstellbaren Intensität und Leidenschaft widmeten. So skizziert er unter anderem die mühevolle Reorganisation des täglichen Lebens wie den Bau der ersten Wasserleitung nach Marmoreto oder die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung: „Der Krieg war vorüber, dennoch blieb der Hunger.“ Ferner galt es aber auch die kulturellen, politischen und institutionellen Grundlagen eines demokratischen, antifaschistischen und sozialen Italiens zu schaffen. Dabei spielten Neugründungen von Gewerkschaften und Genossenschaften, wie auch die Partei- und Jugendarbeit eine große Rolle. Notaris Erzählung über die folgenden Jahrzehnte bis zu seiner Wahl zum Provinzvorsitzenden des nationalen Partisanenverbands ANPI im Jahr 2002, illustrieren auf eine beeindruckende Weise das vielfältige gesellschaftliche und politische Engagement, welches sein Leben, stellvertretend für das vieler anderer, durchzog. Dabei, so scheint es, empfand er dies trotz schwieriger und mühsamer Momente nie als Last, sondern als Verpflichtung und auch Freude. Dies wird exemplarisch anhand einer Ausführung deutlich, in der er auf seine Zeit als Bürgermeister in den 1970er Jahren zurückblickt: „Am befriedigendsten ist die Arbeit eines Volksvertreters, wenn er sich mit Erfolg an den realen Problemen der Menschen messen kann und ganz besonders dann, wenn sich darüber menschliche Beziehungen zu den schwächsten und bedürftigsten Mitbürgern entwickeln.“

Es sind nicht nur Zitate und Passagen wie diese, die „Ihr Partisanen, nehmt mich mit euch!“ zu einem wertvollen und lesenswerten Buch machen. Ein Buch über einen Zeitzeugen, Widerstandskämpfer, Politiker und einfachen Bauernsohn; einen „absoluten Humanisten“ im umfassenden Wortsinn.

Versehen mit einem Prolog des renommierten Italienkenners Gerhard Feldbauer und zahlreichen Abbildungen und Anmerkungen, lässt diese deutsche Erstveröffentlichung der Erinnerungen Giacomo Notaris immer wieder erkennen, dass der Kampf für Gerechtigkeit beschwerlich, aber auch ermutigend ist; egal wie dunkel die Zeiten auch sein mögen.

Dies der Leserschaft zugänglich gemacht zu haben, dafür gebührt den Herausgebern Phillip Becher und Christian Begass ein großer Dank!

Michael Schwan ■

Giacomo Notari: Ihr Partisanen, nehmt mich mit euch! Ein Bericht aus der Resistenza. PapyRossa-Verlag 2015, 159 Seiten, 12,00 Euro, ISBN 978-3-89438-583-5

Umfassende Analyse zu Pegida

„Pegida“ ist ein Phänomen – auch für Wissenschaftler. Zahlreiche Erklärungsversuche wurden bereits unternommen. Jetzt liegt eine erste umfassende Analyse der fremdenfeindlichen Bewegung aus Dresden vor.

Dresdner Politikwissenschaftler stellen eine zunehmende Radikalisierung der fremdenfeindlichen „Pegida“-Bewegung fest. Dazu legten sie jetzt eine umfassenden Analyse vor. Die selbst ernannten Retter des Abendlandes seien eine „rechtspopulistische Empörungsbewegung“, die Vorbehalte und Aversionen gegen die politische und mediale Elite in Deutschland hat, sagte Autor Hans Vorländer bei der Präsentation der Studie in Dresden. Die Bewegung, die seit mehr als einem Jahr nahezu jeden Montag in Dresden demonstriert, habe ein „vulgär-demokratisches Politikver-ständnis“ und mobilisiere fremdenfeindliche und islamkritische Ressentiments.

„Pegida“ sei zunehmend eine Antiflüchtlingsbewegung, führte Vorländer aus. Dabei halte die Radikalisierung der Rhetorik bis hin zu offenem Rassismus vor allem bei Frontfrau Tatjana Festerling an. Auch zum „Systemumsturz“ werde aufgefordert, betonte der Autor. Zudem nehme die Gewalt auf der Straße und am Rande der Demonstrationen zu. Dagegen „scheint der Versuch eines Anschlusses an internationale Rechtspopulisten gescheitert zu sein“.

Die Basis für die bereits im Handel erhältliche Studie (165 Seiten) mit dem Titel „Pegida – Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung“ lieferten den drei Autoren Hans Vorländer, Maik Herold und Steven Schäller zufolge empirische Studien, sowohl eigene als auch von anderen Wissenschaftlern.

Vorländer sieht die Partei AfD als „parlamentarischen Arm“ der „Pegida“-Bewegung. „Zwischen AfD und ‚Pegida‘ Dresden gibt es keine unmittelbare Allianz“, sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd). Aber bei kommenden Wahlen werde „Pegida“ der AfD „mehr Stimmen sichern“, die sich aus der fremdenfeindlichen Bewegung rekrutieren. Zugleich mahnte Vorländer, dass für die Parolen der „Pegida“ eben nicht nur der Rand, sondern die Mitte der Gesellschaft anfällig sei.

„Pegida“ vereint bei wöchentlichen Demonstrationen derzeit bis zu 4.000 Menschen, im Januar 2015 waren es zeitweise mehr als 20.000 Anhänger. Die Bewegung sei nicht einheitlich, sagte Vorländer, weder organisatorisch noch personell. Auch die Motive der Redner und Teilnehmer seien „sehr unterschiedlich“. Das Buch beschreibt die schnelle Wachstumsphase bis Anfang 2015, den Bruch innerhalb der Bewegung sowie den Versuch einer Reorientierung. Wie andere Empörungsbewegungen versuche „Pegida“, „Macht auf prominenten Straßen und Plätzen zu erringen“. Dabei würden ikonische Bilder – etwa mit der Silhouette Dresdens – produziert. Nicht zu unterschätzen sei, dass die Demonstrationen für viele zum Ritual mit hoher symbolischer Aufladung geworden seien, sagte Vorländer. Die Sprechchöre hätten einen gemeinschaftsstiftenden Charakter.

Der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, setzt weiter auf Dialog mit den Bürgern und will seine Moderationen bei Versammlungen in sächsischen Kommunen fortsetzen. Bei „Pegida“ sehe er „viel von dem Protest, den der ländliche Raum in die Stadt hineinträgt“, sagte Richter. „Wir müssen die Themen von der Straße in den Saal bringen“ und versuchen, die emotionale in eine rationale Diskussion zu wenden. Vorländer stellte in Aussicht: Die Bewegung könne sich nur irgendwann selbst erschöpfen, sich totlaufen. Derzeit sehe er jedoch „kein schnelles Ende“.

Quelle: http://www.migazin.de 21.1.2016 ■

PROGRAMM

EINSTIEGSREFERAT: »Deutschland 2015: Rassistische Massenbewegung, Gewalt und die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Regierungskoalition« *Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus*

ARBEITSGRUPPE 1

Neben den klassischen bekannten extrem rechten Parteien haben sich in der letzten Zeit sogenannte »besorgte Bürger« und Pegida-Ableger auch in Niedersachsen etabliert. Wir wollen diese Aufmärsche genauer betrachten und überlegen, was solchen Entwicklungen aus antirassistischer Perspektive entgegengesetzt werden kann.
Martin Burgdorf, Miteinander e.V. David Janzen, Pressesprecher Bündnis gegen rechts Braunschweig, Autor Der Rechte Rand

ARBEITSGRUPPE 2

Wie kann politischer Druck erzeugt werden, um Opfer rechter und speziell rassistischer Gewalt zu unterstützen? *Annika Döhring, Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, LSA*

ARBEITSGRUPPE 3

Wer und was ist die AFD? Ursachen der Radikalisierung und personelle Verflechtungen zum Rechtsextremismus. Anders als z.B in Dresden bemüht die AFD sich im Westen, sich den Anschein von Biedermännern zu geben. Wie kann das Ausfransen des humanen Kerns der Demokratie gestoppt werden? *Hajo Funke, Politikwissenschaftler, Schwerpunkt Rechtsextremismus und Antisemitismus*

ANMELDUNG:

Für die 19. Antifaschistische Sozialkonferenz am 13. Februar 2016 im Pavillon Hannover bitten wir um verbindliche Anmeldung: Per Mail an: hannover@arbeitundleben-nds.de
Per Telefon 0511.12105-0, Internet: www.arbeitundleben-nds.de
Die Teilnahme ist kostenfrei.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Migranten sind Terroristen

Wenn etwas nicht den Inhalt enthält, der angekündigt wurde, darf eine solche Ankündigung mit Fug und Recht als Etikettenschwindel bezeichnet werden. Einen solchen Schwindel stellt auch das Januarheft des „deutschen Nachrichtenmagazins" ZUERST! dar. Hauptthema ist angeblich der islamistische Terror in Europa. „Frankensteins Monster – Wie der islamistische Terror benutzt wird, um Europas Bürger einzuschüchtern" lautet die reißerische Schlagzeile, illustriert von einem seltsamen Titelbid: über einer Stadtlandschaft, die durch den Eiffelturm als Paris identifiziert werden soll (allerdings wirkt der Turm wie ins Bild montiert) weht die US-amerikanische Nationalflagge, die aber zur Hälfte geschwärzt und mit Schriftzeichen versehen ist, die arabisch sind oder es zumindest sein sollen. Die Botschaft dieser Montage bleibt im Dunklen. Soll das Bild aussagen, Paris sei einmal US-Besitz gewesen und jetzt von Arabern übernommen worden? Oder will es andeuten – und darauf könnte die Bezeichnung „Frankensteins Monster" hindeuten, der islamistische Terror sei ursprünglich von den USA ausgegangen und unter den stars and stripes verstecke sich die schwarze Fahne des IS? Und benutzen die Vereinigten Staaten den Terror, um Europas Bürger einzuschüchtern? Der wirkliche Inhalt des Titelbildes will sich nicht recht erschließen. Vielleicht hat es aber auch gar keinen rationalen Kern, sondern soll ausschließlich die Gefühle (und zwar Angstgefühle) ansprechen.

Aber warum kann von einem Etikettenschwindel gesprochen werden? Im Titelbeitrag aus den Federn von DIRK REINARTZ, FALK TIEDEMANN und ROBERT DIEHL ist zwar auch von Terror die Rede, es geht aber in allererster Linie nicht um Terrorrist(inn)en sondern um Migranten. Schließlich seien auch die Attentäter von Paris Migranten gewesen und der IS nutze die massenhafte Flucht aus Syrien und dem Irak, um seine Kämpfer(innen) nach Europa zu schleusen, um hier Attentate zu begehen. Natürlich ist diese Gefahr nicht völlig aus der Luft gegriffen, aber sie wäre mit polizeilichen Maßnahmen relativ leicht zu minimieren. Aber es geht ja um etwas völlig anderes: *„Dennoch wäre es viel zu kurz gegriffen, sich nun auf die angeblichen ‚Flüchtlinge' zu konzentrieren. Denn diese sind ja nur die vorläufig jüngste Erscheinungsform einer Entwicklung... Indem europäische Staaten eine kulturfremde, insbesondere muslimische Einwanderungswelle zuließen, schufen sie auch den Nährboden, auf dem islamistischer Fundamentalismus, Extremismus und Terrorismus gedeihen konnten"*. Es geht also nicht primär um den Terrorismus, sondern um Einwanderung bzw. Einwanderungspolitik.

Der angeblich zwingende Zusammenhang zwischen Migration und Terror wird gebetsmühlenartig wiederholt: *„Die grauenhaften Bluttaten vom November führen zu zwei Befunden, von denen der eine offensichtlich ist und der andere möglichst nicht bewußt werden soll. Für jedermann offensichtlich ist: Global agierende islamistische Terror-Netzwerke sind mittlerweile willens und in der Lage, auch mitten in Europa zuzuschlagen. Unerwünscht dagegen ist die Erkenntnis: Die Voraussetzungen haben die europäischen Staaten durch ihre Migrationspolitik selbst geschaffen, wozu eben auch der Umgang mit Der aktuellen ‚Flüchtlings'-Welle gehört"*. Und Dr. ELIE HATEM, ein libanesischstämmiger, in Frankreich lebender Jurist und Berater von Jean-Marie Le Pen erklärt im Interview sogar: *„Die Gefahr geht von Der Mehrheit der Flüchtlinge aus, die das Risiko auf sich genommen haben und nach Europa gekommen sind. In wenigen Monaten werden viele von ihnen sich in einer dramatischen finanziellen Situation befinden. Auf dieser Basis können sie einfach manipuliert werden und dann Anschläge verüben"*. Auch Hatem bemüht die These vom „Kampf der Kulturen" und angeblicher nationaler Identitäten, die durch die Migration gefährdet seien: „Soweit wir das erkennen können, sieht sich Frankreich wie die meisten westeuropäischen Staaten mit einem ernsten sozialen Problem konfrontiert, das die Identität der Nationen angreift: Eine zu große Anzahl von Zuwanderern vermischt sich mit der französischen Gesellschaft, ohne daß diese die Möglichkeit oder Kapazität hat, die Einwanderer zu integrieren oder zu assimilieren".

Das rechte Weltbild, das auch das Weltbild der meisten ZUERST!-Leser(innen) sein dürfte, bringt MICHAEL PAULWITZ, Burschenschafter und ehemaliger Republikaner, der anlässlich der „Bielefelder Ideenwerkstatt" einer burschenschaftlichen Veranstaltung referierte, geradezu modellhaft auf den Punkt: Paulwitz „kritisierte zu Beginn seines Vortrages die aktuelle Zuwanderungspolitik: eine Massenzuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts. Die Dimension, die diese Einwanderung durch den Missbrauch des Asylrechts annehme, entspreche jeden Tag einer muslimisch-orientalischen Kleinstadt. Auf ein bis zwei Generationen gesehen, finde ein Bevölkerungsaustausch statt. Angela Merkel interessiere das nicht, denn sie habe keine Kinder und Enkel, die die heutige Politik ausbaden müssten. ‚Wir werden eine Minderheit in einem Vielvölkerstaat', so Paulwitz. In einzelnen Dörfern und Stadtteilen würden die Deutschen über Nacht marginalisiert. Neben die territoriale trete zudem eine soziale Spaltung: Geld, das bis vor kurzem nicht dagewesen sei, werde plötzlich ausgegeben.... Sozialer Wohnungsbau, das Schulsystem wie auch das Gesundheitswesen würden jetzt mit Geld für Flüchtlinge gefüttert, wo es für Deutsche zuvor nicht vorhanden gewesen sein soll....Von dieser Entwicklung sei nur noch die Asylindustrie begeistert. Denn selbst die Wirtschaftslobby verliere die Begeisterung für die billigen Arbeitskräfte im Angesicht drohender Steuererhöhungen zur Finanzierung von Merkels Willkommenskultur....Das alles gehe einher mit einer Einbuße an Freiheit. ‚Was wäre die Kanzlerin mit ihrer Willkommenskultur ohne ARD und ZDF?' fragte Paulwitz. Ihre Politik würde einzig auf Grundlage von Zwangsgebühren hochgejubelt. Kritiker würden mit Staatsanwaltschaften und Geheimdiensten gejagt. Dissidenten drohe die wirtschaftlich gesellschaftliche Vernichtung. Neben dieser Demontage stehe der Terror der Straße. Es häuften sich Anschläge auf AFD und Verbindungen. Hier gehe die Saat der wirklichen Hetzer auf. Ihr sei durch Medien- und Politikeräußerungen der Boden bereitet worden. Die Wehrlosigkeit des deutschen Volkes sei die Folge einer Gehirnwäsche." Auch wenn vieles in Paulwitz Äußerungen wahnhaft klingt, zeigt es doch, wie es in den Köpfen der Rechten aussieht. Argumente dagegen gibt es zuhauf, es ist allerdings zu befürchten, dass sie die Hirne von Menschen wie Paulwitz nicht erreichen. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370